

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzeln Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3.00 Mark pro Quartal.
 Eingetrogen in der Post-Bestellungs-
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7437.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die hochgehaltene Kolon-
 nelle oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inzerate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Anzeigenpreis: Rm 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Neust-Strasse 2.

Sonntag, den 8. Mai 1897.

Expedition: SW. 19, Neust-Strasse 3.

Die Abänderung des preussischen Vereinsgesetzes.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die „Kreuz-Zeitung“ einen Leitartikel, der bemerkenswerthe Aufschlüsse über die bisher geheim gehaltenen Verhandlungen des Herrn von der Hecke mit den Mehrheitsparteien des Abgeordnetenhauses giebt. Wir entnehmen dem Artikel das folgende:

„Das Staatsministerium hat in der That die Absicht, die Novelle noch in dieser Session einzubringen, und ihr Inhalt wird sich im wesentlichen auf die Aufhebung des im § 8 des bisherigen preussischen Vereinsgesetzes enthaltenen Verbotes beschränken.“

Die „Kreuz-Zeitung“ äußert sich selbstständig zu dieser Absicht der Regierung in folgender fast programmatischer Weise: „Nun hat das Verbot in § 8 des preussischen Gesetzes ohne Zweifel allen politischen Parteien die Herbeiführung einer übersichtlichen und einfachen Organisation erswert. Seine Aufhebung würde daher ihre Agitationsarbeit erleichtern. Dieser Vortheil würde derjenigen Partei, die am rücksichtslossten agitiert, und das ist die Sozialdemokratie, am meisten zu gute kommen. Ein Bundesgesetz, das nur die bisherigen Verbote des Verkehrs zwischen den politischen Vereinen aufhebt, würde demnach das relative Machtverhältnis der Parteien zu Gunsten der Umsturzpartei verschieben. Damit ist die Forderung von Requirivalenten für die Aufhebung des Verbotes unwiderleglich begründet.“

Die Requirivalente werden naturgemäß auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts zu suchen sein. Dabei kann das Verbot der Theilnahme von Minderjährigen und Frauen an den Versammlungen politischer Vereine, so wenig an sich dagegen etwas einzuwenden ist, nicht als ausreichend erachtet werden. Man muß sich vielmehr vergegenwärtigen, daß durch die Art, wie auch die wahlberechtigten Mitglieder der Umsturzpartei die Freiheit des Vereins- und Versammlungsrechts mißbrauchen, das natürliche Rechtsbewußtsein des guten Bürgers eine empfindliche Schädigung erleidet und daß dieser Zustand der schleunigen Abhilfe bedarf. Will man diesem Zustande ein Ende machen, so wird man der Staatsgewalt die Möglichkeit geben müssen, Versammlungen, die dem Kampfe gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung dienen, aufzulösen und unter gewissen Bedingungen von vornherein zu verbieten. Ob die Ergreifung von Repressivmaßnahmen hinreichend erscheint, wollen wir in diesem Augenblicke dahingestellt sein lassen. Man mag über Präventivmaßnahmen denken, wie man will, jedenfalls haben sie hier das Gute, daß das Verbot der Euberufung einer Versammlung die Theilhaftigen nicht in dem Maße erbittert, wie die Auflösung einer schon vorhandenen Versammlung. Aber selbst wenn die Staatsregierung sich auf Repressivmaßnahmen beschränken wollte, so würden wir darin immerhin den Willen erblicken, dem gegenwärtigen unhaltbaren Zustande ernsthaft zu Leibe zu gehen.“

Dieser ernsthafte Wille hat nun ursprünglich bestanden. Der Minister des Innern hat Vertrauensmännern der beiden konservativen Parteien und der nationalliberalen Partei des Abgeordnetenhauses einen Entwurf unterbreitet, der nicht nur die Aufhebung des im § 8 des Vereinsgesetzes enthaltenen Verbotes ausspricht, sondern daneben noch die Auflösung staatsgefährlicher Versammlungen und Vereine für zulässig erklärte. Die Vertrauensmänner der nationalliberalen Partei erklärten jedoch, daß diese für einen solchen Entwurf nicht zu haben sein würde. Die betreffenden Verhandlungen wurden damals als streng vertraulich bezeichnet. Da aber mehrere mittelparteiliche Blätter von ihrem Ergebnisse bereits Kenntniß gegeben haben, so fällt für uns jeder Grund fort, uns über diesen Punkt noch fernernhin auszusprechen.“

Die Erklärung der nationalliberalen Vertrauensmänner ist also für das Staatsministerium der Grund gewesen, sich nunmehr auf die Aufhebung des bekannten Verbotes zu beschränken. Dabei stand noch nicht einmal fest, daß, wenn die ursprüngliche Vorlage an das Abgeordnetenhause gelangt wäre, sie hier keine Mehrheit gefunden hätte. Wären die konservativen Parteien mit der Staatsregierung einig gewesen, so wäre es für die Nationalliberalen nicht unbedenklich gewesen, in einer öffentlich geführten Verhandlung die Mitwirkung zum Kampfe gegen den Umsturz zu versagen. Ihren Anspruch, als eine Ordnungspartei betrachtet zu werden, würden sie mit einer solchen Versagung schwer gefährdet haben.“

Für die konservative Partei wird über ihre Haltung in der vorliegenden Frage kein Zweifel obwalten können. Sie wird den Versuch machen müssen, die Vorlage so umzugestalten, daß ein Mißbrauch des Vereins- und Versammlungsrechts zur Ausbreitung staatsgefährlicher Lehren verhindert wird. Gelingt ihr das im Abgeordnetenhause nicht, so wird sie ihre Hoffnung auf das Herrenhaus setzen müssen. Hier scheint durch das Stärkeverhältnis der Fraktionen der Erfolg gesichert.“

Unter diesen Umständen wird auf das Zustandekommen eines Gesetzes, das nicht weiter enthält als die Aufhebung des § 8, kaum zu rechnen sein. Es ist möglich, daß die Regierung nicht unerwünscht ist, weil sie auf diese Art die Verantwortlichkeit für das Scheitern der Vorlage auf den Landtag abwälzen könnte.“

Man wende nicht ein, daß die Umsturzpartei durch Beschränkungen auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts nicht in Wirksamkeit bekämpft werden kann. Wir glauben zwar nicht, daß ihr dadurch der Vorrang gemacht wird, aber wenigstens wird ihr während der ruhigen Zeit, wo keine Reichstags-

wahlen bevorstehen, ein nicht zu unterschätzendes Kampfmittel entzogen. Das ist auch früher die Meinung der Staatsregierung gewesen. Wir wagen nicht anzunehmen, daß sie davon jetzt zurückgekommen ist. Um so schmerzhafter würden wir es empfinden, wenn sie nicht einmal versuchen wollte, den Gegner zu entwaffnen.“

Im Zentrum wird gegen die zu erwartende Vorlage aus den entgegengesetzten Gründen Widerspruch erhoben. So bemerkt der „Westf. Merkur“:

„Das Vereinsgesetz soll dahin vereinbart worden sein, daß die versprochene Aufhebung des Verbotes der Verbindung von politischen Vereinen mit einander nur belastet werde mit neuen Bestimmungen betreffs der Minderjährigen. Das wäre ein Kompromiß, welches zu der Aera Hohenzollern recht gut paßt. Es können in dem Verbot der Theilnahme von Minderjährigen noch Fallstricke für die Rechtsicherheit auch der Erwachsenen liegen.“

Und die „Germania“ schreibt: „Was die „Kreuz-Zeitung“ verlangt, ist einerseits ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie, andererseits ein Vorzugsgesetz für die Konservativen und sonstige governmentalen Parteien, ein Polizeivillkür-Gesetz. Das scheinen auch die nationalliberalen Vertrauensmänner bei den Konferenzen mit dem Minister des Innern empfunden zu haben, und daraus ist es leicht zu erklären, daß schließlich doch noch ein Punkte von liberalen Grundgedanken die polizei-konservativen Absichten in den vertraulichen Besprechungen hat scheitern lassen.“

Wir wissen nicht, welche Vorschläge der Minister des Innern den konservativen und nationalliberalen Vertrauensmännern unterbreitet hat. Gingen dieselben etwa über das Sozialistengesetz hinaus? Und welche „Erfolge“ dieses Ausnahmegesetz gehabt hat, beweist das Anwachsen der sozialdemokratischen Wahlstimmen und der sozialdemokratischen Mandate im Reichstoge. Vestigia terront.“

Die Drohung mit dem Herrenhause schreckt uns nicht, der Hinweis auf die Mehrheitsparteien des Reichstags kann uns nicht irritiren, selbst wenn von der „Führung einer parlamentarischen Partei“ in leiser Andeutung die Rede ist. Wir werden darüber mit der „Kreuz-Zeitung“ noch ein weiteres Wort zu reden haben.“

Die „Post“ ist selbstverständlich für die unbeschränkte Versammlungsfreiheit für die Besizenden und für den unbefchränkten Polizeizwang für alle König Stumm nicht genehmen Personen.“

Je klarer die Fassung zum Ausdruck kommt, daß es sich lediglich um Vollmachten zur Bekämpfung sozial- oder national(?)-revolutionärer Bestrebungen handelt, um so weniger ist ein Mißbrauch gegen auf dem Boden der Befassung stehende Oppositionsparteien zu befürchten und um so eher werden sich die Parteien, welche seinerzeit das Sozialistengesetz und die Polengesetzgebung unterstützt haben, über eine positive Beschlußfassung verständigen können.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: „Unsere Leser wissen, daß wir in der Frage des Vereinsgesetzes die Anschauung der „Kreuz-Zg.“ nicht ganz theilen. Trotzdem halten wir es für durchaus verständlich, daß die konservative Partei der mühsig zurückweichenden Regierung mit allen möglichen Mitteln beweist, daß sie denn doch nicht bloß zum Ja-sagen bestimmt ist.“

Also Umsturzgesetz oder Verbindungsfreiheit politischer Vereine oder das Fortbestehen des heutigen allgemein als veraltet anerkannten Vereinsgesetzes, diese drei Möglichkeiten existiren. Nicht unwahrscheinlich ist für den Augenblick, daß unser Vereinsgesetz mit seinem sanften § 8 uns erhalten bleibt. Das Herrenhaus ändert im Sinne des Herrn von der Hecke und der Deutsch-Konservativen sowie derer um Stumm die Novelle des Vereinsgesetzes und das Abgeordnetenhause lehnt die amendirte Vorlage dann ab. Mit dieser Möglichkeit ist aber nur dann zu rechnen, wenn gegen alle Erwartung die Nationalliberalen ihrem Spottnamen „Partei Drehscheibe“ einmal Unrecht thun wollen. Nicht zu rechnen ist mit dem Falle, daß die Aufhebung des Inverbindungsretens ohne weitere Verschlechterung thatsächlich angenommen wird. Wozu hätten wir denn ein Herrenhaus, wenn dieses nicht gut wäre, jede volksthümliche Reform zu hindern.“

Wir können ruhig mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß ein Gesetz im Geiste der „Kreuz-Zeitung“ angenommen wird. Was dies bedeutet, ist uns nicht unbekannt. Wir kennen den Eifer der Polizeibehörden und die Auslegungskunst unserer Gerichte. Wir wissen, daß unsere Strafliste dann ins Unendliche wachsen wird, daß unser Versammlungsleben erschwert und unterbunden werden wird.“

Wir wissen aber auch wie die Antwort ausfallen wird! Die Jahre 1878 bis 1890 geben die Lehre!

Der Krieg.

Ueber die Kämpfe am Mittwoch wollen wir einige Meldungen aus Konstantinopel nachholen, welchen zufolge die Haltung der angegriffenen Griechen doch nicht so fest und tapfer gewesen wäre als nach den gestrigen Mittheilungen anzunehmen war.

Ueber den Beginn der Schlacht theilt der Korrespondent des „Reuter'schen Bureau's“ bei der türkischen Armee aus Pharsala vom 5. d. M. abends mit: Die heutige Schlacht entstand aus einem Vorpostengefecht. Der türkische Befehlshaber wollte nur Dispositionen treffen für die Schlacht, welche für den 6. d. M. in Aussicht genommen war. Die griechischen Truppen hatten die Höhen nördlich der Stadt besetzt, leisteten aber nicht so starken Widerstand, wie erwartet wurde, und eilten über die zwischen den Höhen und der Stadt liegende Ebene nach der Stadt zurück unter dem Feuer der türkischen Artillerie, welche ihnen furchtbare Verluste zufügte, namentlich auf der Brücke über den Fluß, welchen die Griechen überschreiten mußten.“

Eine Depesche Obdjem Pascha's an den Kriegsminister, welche amtlich veröffentlicht wurde, besagt: „Infolge des heftigen Kampfes vor Pharsala, welcher gestern den Tag über dauerte, zog der Feind, der die Unmöglichkeit des Widerstandes einsah, während

der Nacht einen Theil seiner Truppen zurück. Bei Tagesanbruch griffen die türkischen Truppen die Stadt an. Der Feind wurde in die Flucht geschlagen und zerstreut. Unsere Truppen rückten in Pharsala ein. Eine Kavallerie-Division verfolgte den Feind auf dem Wege nach Domoko. Die Division Gairi Pascha hat schon nachts Befehl erhalten, eine Bewegung gegen Domoko zu auszuführen. Der Feind hat viel Schießbedarf und Lebensmittelvorräthe im Stich gelassen.“

Am Donnerstag erfolgte der allgemeine Rückzug der Griechen. Nach griechischen Meldungen soll derselbe durchaus geordnet vor sich gegangen sein. Die Türken hatten die Absicht, die Brigade des Obersten Smolenski, welcher von Velestino zurückging, abzuschneiden. Die Rückzugslinie der Brigade war Velestino-Kimpro unfern vom Meisler des Volo-Golzes. Eine Athener Depesche vom Freitag Nachmittag besagt, daß Smolenski vormittags 11 Uhr in guter Ordnung in Kimpro eingetroffen sei.“

Danach steht jetzt die griechische Armee auf der westlichen Seite Domoko-Kimpro. Ein türkische Brigade befindet sich auf dem Marsch nach Volo. Die Hauptmacht des türkischen Heeres will den Griechen auf dem Fuße nach Domoko folgen und sie weiter nach Lamia zurückdrängen. Lamia, am Westlichen Ufer, ist die letzte Position vor den Thermopylen. Unter den Bewohnern dieser größeren Stadt ist eine Panik ausgebrochen, viele Familien flüchten auf Schiffen nach dem Piräus.“

Der Zustand des griechischen Heeres scheint ein recht übler zu sein. Die Truppen sind durch die mehrtägigen Gefechte gegen den überlegenen Feind völlig erschöpft, es fehlt an Proviant und Zelten, die in Larissa verloren gegangen waren.“

Die Stimmung in Athen ist sehr gedrückt. Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ aus Athen haben die Friedensverhandlungen ernstlich begonnen. Mittwoch hatten vier Mächte ihre Athener Vertreter angewiesen, aus eigenem Anlaß ihre Dienste anzubieten. Donnerstag empfangen die übrigen Vertreter ähnliche Anweisungen. Die Bedingungen sind die Räumung Thessaliens türkischerseits und die Räumung Kretas griechischerseits, im übrigen die Erhaltung des seitherigen Zustandes, soweit Griechenland in Betracht komme. Wesentlich Kretas haben die Mächte ihre besonderen Pläne, die sie, soweit möglich, im Einklange mit den Wünschen der Bevölkerung ausführen werden.“

Die Türkei dürfte einer glatten Abwicklung der Friedensverhandlungen keine Hindernisse in den Weg legen und sich in der Hauptache mit der durch den Krieg gewonnenen Stärkung seines politischen Ansehens begnügen.“

Ueber die Flotte und die Vorgänge auf Kreta liegen die folgenden Nachrichten vor:

Athen, 7. Mai. Der frühere Marineminister Levidis veröffentlicht in der „Akropolis“ eine lange Erklärung mit altenmässigen Vorlägen, aus denen hervorgeht, daß der Chef des Ostgeschwaders die wiederholten und dringenden Befehle des Ministers, darunter die Beschießung von Karaburnu und der Eisenbahn bei Debragatsch einfach und achtlos gelassen hat. Levidis stellt weitere Enthaltungen in Aussicht.“

Saloniki, 7. Mai. Die griechische Flotte gab auf das militärische Lager am Kap Kassandra einige Schiffe ab, die keinen Erfolg hatten, wagte aber nicht zu landen.“

Konstantinopel, 7. Mai. (Meldung des Wiener Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Nach Mytilene sowie nach den anderen Inseln werden Truppen abgeschickt, um griechische Landungen zu verhindern.“

Böln, 7. Mai. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Kanea von gestern: Oberst Vassos beantragte heute, mit seinen bewaffneten Truppen in die Stadt einzuziehen zu dürfen, um sich mit ihnen einzuschiffen. Dieses Ansuchen wurde jedoch zurückgewiesen. Die Admirale haben den Russenbischen nur erlaubt, die Stadt zu betreten, um Lebensmittel einzukaufen. Man ist besorgt, es könnten hieraus Aufhebungen entstehen.“

Athen, 7. Mai. Aus Kanea wird gemeldet, daß ein Ansuchen des Obersten Vassos, in die Stadt einzuziehen zu dürfen, um sich mit seinen Truppen einzuschiffen, abgelehnt wurde. — Die Admirale erlaubten den Russenbischen, die Stadt zum Einkauf von Lebensmitteln zu betreten. Man befürchtet hierdurch Aufhebungen.“

London, 7. Mai. Der „Standard“ meldet aus Kanea von gestern: Hier nimmt man allgemein an, daß Vassos sich anschleife, zum Angriff überzugehen. Der Kommandeur der internationalen Truppen in Kandia, Oberst Chernisde, ersuchte den Generalgouverneur telegraphisch, sofort türkische Truppen nach Kandia zu entsenden. Der englische Admiral fordert die türkischen Behörden dringend auf, unverzüglich die verfügbaren Truppen einzuschiffen.“

Politische Uebersicht.

Berlin, 7. Mai.

Aus dem Reichstoge. Das Haus hatte sich zunächst wieder mit dem Schmerzengeld der Reichsgründung, den Reichslanden Elsaß-Lothringen, zu beschäftigen. Der in zweiter Lesung bereits angenommene Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts für die Wahlen des Landes-Ausschusses stand an erster Stelle zur dritten Lesung auf der Tagesordnung. Die Abgeordneten Colbus und Freiß begründeten den Antrag kurz, worauf der Regierungskommissar Halley in der bekannten, den preussischen Beamten so geläufigen Art dem Antragsteller entgegen trat und alle Beschwerden desselben als unbedeutend und unbegründet zurückwies. Die Herren Beamten in den Reichslanden befinden sich ja sehr wohl und da sie keinen Grund zur Klage haben, so wollen sie auch nicht zugeben, daß die Bevölkerung Anlaß zur Unzufriedenheit habe. Anders denken in diesem Punkte die Abgeordneten, welche mit dem Volke Fühlung haben, und unser Genosse Bue b schenkte von diesen Klagen und Beschwerden der Verwaltung der Reichslande auch nicht eine einzige. Mit berechneten Worten schilderte unser Redner die Verhältnisse, wie sie sich unter der Geltung des

Diktaturparagrafen entwickelt haben und die bereit sind, daß die „wiedergewonnenen Brüder“ noch immer das Gefühl nicht los werden können, daß sie sich in einem eroberten Lande befinden und dementsprechend behandelt werden.

Da der Regierungskommissar auch den Genossen Bebel in die Debatte hineingezogen hatte und behauptete, daß die Angaben des letzteren bei früheren Gelegenheiten sich nicht bestätigt hätten, so sah sich der Vertreter Straßburgs veranlaßt, das Wort zu nehmen, um unter schärfster Verurteilung der reichsständischen Zustände seine früheren Angaben über die Lokalabtreiberseite der Behörden aufrichtig zu erhalten.

Bei der Schlussabstimmung wurde der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Hierauf begann die Fortsetzung der zweiten Lesung der Margarinevorlage und zwar mit der namentlichen Abstimmung über den § 4 (getrennte Verkaufsräume). Bei 248 anwesenden Abgeordneten stimmten 142 mit Ja und 100 mit Nein, während 6 Abgeordnete sich der Abstimmung enthielten. Zu § 7 hatten die Genossen Wurm und Herbert einen Antrag gestellt, wonach auch die gewerbmäßige Butterproduktion teilweise angemeldet werden sollte. Dieser Antrag, welcher eigentlich selbstverständlich sein sollte, wenn man einmal auf den Boden der Vorlage steht, wurde gerade von den Anhängern derselben auf das entschiedenste und mit den wichtigsten Gründen bekämpft und natürlich auch abgelehnt und dann der Rest fast ohne Debatte angenommen.

Morgen 12 Uhr: 3. Lesung des Auswanderungs- und des Margarine-Gesetzes.

Das preussische Abgeordnetenhaus setzte gestern Abend und heute die Beratung des Kultusetats fort. Die Beratung ist jetzt so weit gefördert, daß wenigstens das Ordinarium erledigt ist und daß der Rest des Etats voraussichtlich morgen durchberathen wird, so daß die dritte Lesung am Montag beginnt. Wenn dann das Herrenhaus seine Arbeiten einigermaßen beschleunigt, so kann der Etat mit Ende dieses Monats unter Tag und Nacht gebracht sein.

Aus der gestrigen Abend Sitzung ist nur die der deutschen Wissenschaft gewidmet zur Ehre reichende Anregung des Abg. Paasche (nall.) erwähnenswert, von den auswärtigen Studenten, die sich an unseren Hochschulen die Waffen holen „für den Kampf gegen die deutsche Industrie“, ein höheres Honorar zu fordern, ein Beweis, daß für den agrarischen Professor die Wissenschaft nur mellen den Ruh geordnet ist, die ihn mit Butter versorgt. Heute wurde der größte Theil der Sitzung mit Anträgen auf Verbesserung der Gehaltsbezüge der Geistlichen ausgefüllt. Von drei vorliegenden Anträgen gelangte schließlich der konservative zur Annahme, welcher die Regierung auffordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die zur Bestreitung eines ausreichenden Einkommens der Geistlichen ausgeworbenen Staatsmittel befristet Gewährung von Aufbesserungs-Zulagen an bestehende Pfarren und von Alterszulagen an Pfarren wesentlich erhöht werden. Diese Staatsmittel sollen in einer festen Summe den geordneten Organen der evangelischen Landeskirche und der katholischen Kirche zur eigenen Verwendung nach bestimmten gesetzlich festzustellenden Grundsätzen überwiesen werden, mit anderen Worten, Beiträge, zu denen alle Staatsbürger herangezogen werden, sollen im Interesse einzelner Konfessionen verwendet werden. Ein bezüglich Gesetzentwurf wurde für die nächste Session in Aussicht gestellt.

Morgen steht u. a. die Charities-Vorlage auf der Tagesordnung.

Wiederaufnahme der Justiznovelle. Die glücklich begrabene Justiznovelle soll nach dem Wunsche übereifriger früherer Kommissionenmitglieder wieder ausgegraben werden. Einige Wichtigthuer in verschiedenen Fraktionen des Reichstages gehen mit dem Kompromißgedanken schwanger. Sie wollen einer erheblichen Verschlechterung des Wiederaufnahme-Verfahrens und einer Verufung, die aber auch der Staatsanwalt in vollem Maße haben soll, zustimmen — selbst mit einem Dreimänner-Kollegium als erste Instanz.

So wichtig uns die Verufung und die Entschädigung unschuldig Verurtheilter erscheint, so sind diese Forderungen, die doch über kurz oder lang bewilligt werden müssen, die angebotenen Konzeptionen nicht werth. Nach den uns aus dem Reichstage zukommenden Informationen ist aber auch keine Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß die Justiznovelle in dieser Session das Plenum des Reichstages noch beschäftigen wird.

Charakteristisch für die Kompromißlust der Freisinnigen ist ein Leitartikel der „Vossischen Zeitung“, die sich nun zu allen Zugeständnissen, die das Zustandekommen der Novelle ermöglichen, bereit erklärt, während sie noch vor wenigen Monaten die gleichen Absichten des Abg. Venzmann energisch bekämpfte.

Die Regierung will sich die Zugeständnisse apportiren lassen, ohne selbst den Finger zu rühren. Die „Nordd. Allg. Zeitung“ giebt dieser Stimmung Ausdruck in folgender Bemerkung:

Nach unserer Kenntniß der Sachlage soll zwar innerhalb der Parteien die Frage der Wiederaufnahme ventilirt werden, regierungsfreudig ist man jedoch mit ihr nicht beschäftigt.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Aus Kiel wird dem „Hamburger Echo“ geschrieben: Das bisher unbescholtene Dienstmädchen Marie Nybel, am 15. Mai 1868 in Ostpreußen geboren und seit Mitte März in Untersuchungshaft, hatte sich vor der Strafkammer III des Kieler Landgerichts wegen Majestätsbeleidigung zu verantworten. Sie war seit November vor. J. bei der Duxermitthele Ch. Lübbe zu Dreggers bei Segeberg in Dienst und an einem Nachmittag, kurz vor Weihnachten, beim gemeinschaftlichen Kaffeetrinken sind die Illustrationen eines Kalenders, betitelt: „Köhler's Kaiserkalender“, betrachtet worden. Bei Betrachtung des Bildnisses des jetzigen deutschen Kaisers soll sie, wie der einzige Zeugnisszeuge, Arbeiter Vreegmann, unter Eid bekundet, zunächst eine belläugige Bemerkung gemacht haben. Der Zeuge will sie sofort aufmerksam gemacht haben, daß auch darin schon eine Majestätsbeleidigung liege, worauf die Angeklagte noch einen kräftigeren Ausdruck gebraucht haben soll. Der Staatsanwalt beantragte auf Grund der Anklage des Jungen Vreegmann vier Monate Gefängniß. Der Gerichtshof, welchem Landesgerichtsdirektor Sander präsidirte, erkannte auf das Strafminimum von zwei Monaten Gefängniß, wovon jedoch ein Monat als durch die Untersuchungshaft verbüßt in Anrechnung kam.

Deutsches Reich.

— Zum Fall Kronz schreibt die „Vossische Zeitung“, die bekanntlich mit Unterstützung enge Fühlung hat:

Die Neuerungen, die der Kultusminister zum Fall Kronz in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 4. d. gethan hat, sind vielfach dahin verstanden worden, daß er nicht die Absicht habe, eine Entfernung von der Universität einzutreten zu lassen. Aus dem jetzt vorliegenden stenographischen Bericht geht das Gegenbild hervor. Herr Vosse hat nicht den geringsten Zweifel darüber gelassen, daß der mangelnde feste Rechtsboden für ihn der einzige Grund ist, weswegen er sich in dieser Sache bisher unthätig gehalten habe. Daß dieser Rechtsboden durch eine eigene Gesetzesvorlage geschaffen werden wird, hat der Minister mit aller Bestimmtheit in Aussicht gestellt. Wenn also nach dieser Rede kein Zweifel darüber bestehen kann, daß wir demnächst von der preussischen Regierung in der That den unerhörten Akt zu erwarten haben, daß ein Universitätslehrer bloß wegen

seiner Zugehörigkeit zu einer politischen Partei vom Katheder gestossen wird, so ist um so größeres Gewicht darauf zu legen, daß die Vertreter der Wissenschaft an einem solchen Vorgehen keinen Antheil haben. Die Art, wie Dr. Vosse von dem Fakultätspruch geredet hat, mußte den Eindruck hervorrufen, als ob auch die philosophische Fakultät in der den Minister „besprechenden“ Zugehörigkeit eines Universitätslehrers zur sozialdemokratischen Partei etwas Ungedriges gefunden, und daß sie nur Bedenken getragen habe, gerade die strenge Strafe der Remotion darauf zu setzen. Wie wir von einer in Universitätsangelegenheiten gut unterrichteten Seite erfahren, ist der Sachverhalt ungetrübter gewesen. Die Fakultät hat zwar wegen mißverständlicher Forderungen eine Verwarnung ertheilt, aber dabei mit Nachdruck betont, daß sie aus der Zugehörigkeit eines Privatdozenten zur sozialdemokratischen Partei keinen Anlaß zum Einschreiten nehme, ja daß sie ausdrücklich die politische Gesinnung der Privatdozenten nicht prüfe. Dr. Vosse hat es vorgezogen, nur den einen Theil der Fakultätsverfügung zu verlesen, den andern aber wegzulassen.

— Zur Reform der Militärjustiz. Die „Voss. Ztg.“ weist auf eine Stelle im zweiten Band der militärischen Schriften des ersten Kaisers hin, wo derselbe sich zu dem Gesetzentwurf über die deutsche Wehrverfassung ausdrückt. Danach lies der damalige Prinz von Preußen folgenden Grundsatz zu § 69 des Entwurfs unbeanstandet:

„Das Verfahren bei den Militärgerichten ist mündlich und öffentlich.“

Er fügte zu diesem Vorschlage wörtlich: „Obgleich wir fürchten, daß in vielen Fällen die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Militärgerichts-Verhandlungen nicht günstig auf Erhaltung der Disziplin wirken wird und ein Terrorwirken der Richter durch die Zuhörer nicht außer aller Berechnung liegen sollte, so wollen wir doch nichts dagegen erinnern.“

Die Verfügungen bezüglich des „Terrorismus“ sind nirgends, wo die Oeffentlichkeit eingeführt worden ist, eingetroffen. Aber trotz alledem kann man sich heute nicht zu dem Standpunkte aufschwingen, gegen den schon der gewiß disziplinliebende Prinz von Preußen „nichts zu erinnern“ fand.

— Der v. Tausch-Prozess wird am 24. Mai beginnen. Für die Verhandlung, die im Saal 64 in Alt-Neubau stattfinden wird, ist die ganze Woche vom 24. bis 29. Mai in Aussicht genommen.

Polizeilich beschlagnahmt wurde in Koblenz die im Verlage von Casar Schmidt in Zürich erschienene Broschüre „Der v. Tausch und die Verfasser der anonymen Briefe der Hofgesellschaft“.

— Professor Hans Delbrück ist nunmehr zum Nachfolger Heinrich v. Treitschke's an der Berliner Universität bestimmt worden. Professor Delbrück war bisher außerordentlicher ordentlicher Professor der Berliner Universität und erhält somit eine entsprechende Stelle. In den Kreisen der unerschütterlichen Reaktion ist man mit diesem Nachfolger des Hohenzollern-Historikers nicht sehr einverstanden, da bekanntlich Professor Delbrück sich besonders in sozialpolitischen Fragen einigermaßen selbständig und abweichend von der junkerlich-hospitalitischen Schablone erwiesen hat. Doch war sein Ansehen als Historiker wohl zu bedeutend, als daß ihm die junkerliche Aliance jene Stellung hätte hintertreiben können.

— Der Parteitag der Freisinnigen Volkspartei soll in Nürnberg von Sonntag, den 12. bis Dienstag, den 14. September, stattfinden. An den Vormittagen werden die geschlossenen Versammlungen der Delegirten stattfinden, während die Nachmittage und Abende anderweitigen Veranstaltungen vorbehalten bleiben.

Also die muthigen Freisinnigen wollen wieder hinter verschlossenen Thüren tagen. Die Herren haben anscheinend die öffentliche Kritik sehr zu fürchten.

— Zur Wahl in Königsberg. Der Kandidat der Antisemiten für die bevorstehende Reichstagswahl, Sidmer, ist nach der „Voss. Ztg.“ von der Kandidatur zurückgetreten. Die Trauben sind wohl zu sauer.

— Die sächsischen Nationalliberalen haben in einer Vorstandssitzung in Leipzig beschloffen, daß sie der von dem Seniorenkomitee der zweiten Ständekammer getroffenen Vereinbarung über das Zusammengehen der „staatsfeindlichen Parteien“ bei den Landtags-Wahlen grundsätzlich zustimmen.

Diese Erklärung richtet sich gegen denjenigen Theil der Nationalliberalen, welche sich für die bevorstehenden Landtags-Wahlen freie Hand vorbehalten haben. Daß der Vorstand der Partei so beschloffen würde, wie er beschloffen, war von vornherein ganz sicher, sind doch diese Vorstandsmitglieder, die Schill und Schöber etc., gerade diejenigen gewesen, welche das Dreiklassen-Wahlssystem hauptsächlich mit bejammert und durchgedrückt haben. Es wird sich nun fragen, wie stark der Theil der Partei ist, welcher hinter den Segnern des Vorstandes steht.

— Eine Verbesserung der Gefinde-Ordnung wird in Bayern beabsichtigt, obwohl die dort bestehende Gefinde-Ordnung ungenügend genug für die „Bediensteten“ beschaffen ist. Der bayerische Landwirtschaftsrath beschloß in seiner Plenarsitzung vom 4. d. M., daß Bestimmungen in die Gefinde-Ordnung aufgenommen werden sollen, durch welche das Dienstverhältniß auf längere Zeit gebunden und seine Fortsetzung auf Veräußerung oder Verpachtung gesichert wird. Anstatt also die alten Uebelstände, unter denen das „Gefinde“ leidet, zu beseitigen, sollen neue hinzugefügt werden. Retze „Freunde der Landwirtschaft“!

Oesterreich.

Wien, 6. Mai. Abgeordnetenhauss. (Schluß der gestrigen Sitzung.) Abg. Kaja erklärt, die Tragweite der Sprachenverordnung werde übertrieben; es handle sich lediglich darum, ob eine Anzahl von Beamten der tschechischen Sprache mächtig sein sollen oder nicht. Den Böhmen werde es niemals einfallen, der deutschen Sprache die Gleichberechtigung in Böhmen zu verweigern. Der Redner richtet an die einschlässigeren Elemente der Deutschen die Mahnung, die Agitation nicht über die Grenze des Reiches zu tragen, und stellt den Antrag, über die Anträge auf Anklage gegen die Minister zur Tagesordnung überzugehen. Die Verhandlungen wurden sodann auf morgen vertagt.

Die Abgeordneten Doblhofer und Genossen überreichten einen Verlangensantrag, betreffend die von Bayern erlassene Verordnung, daß aus Oesterreich-Ungarn kommendes Vieh binnen drei Tagen geschlachtet werden müsse.

Das Abgeordnetenhauss setzte heute die Beratung der Anträge auf Vernehmung der Minister in Anklagezustand fort. Der Justizminister Graf Gleispach führte aus, die gestrigen Erklärungen des Ministerspräsidenten seien durch die nachfolgenden Reden nicht erschüttert worden. Für jeden Juristen und Nichtjuristen liege es fest, daß einer Regierung, welche denselben Weg betrat, den die vorangegangenen Regierungen gegangen sind, und der durch übereinstimmende Beschlüsse des Parlaments genehmigt wurde, weder culpa noch dolus imputirt werden könne. Daraus folge, daß diejenigen, welche die Anträge auf Vernehmung der Minister in Anklagezustand eingebracht, eine solche Anklage nie ernstlich gewollt haben. (Beifall rechts, ungeheurer Lärm links. Rufe: „Zurücknehmen“.) Da der kaiserliche Röm sich nicht legt, unterbricht der Präsident Rathrein die Sitzung.

Nach fast zweifündiger Unterbrechung wird die Sitzung wieder aufgenommen. Präsident Dr. Rathrein ertheilt dem Justizminister das Wort. Es erhebt sich neuerdings großer Lärm auf der linken Seite des Hauses; es werden Rufe laut: „Ordnungsbruch!“ Abg. Wolf verlangt, der Präsident solle dem Minister das Wort entziehen. Präsident Dr. Rathrein ruft den Abg. Wolf zur Ordnung. Der Präsident bemüht sich vergeblich die Ruhe wiederherzustellen. Rufe: „Abzug oder Widerruf“. Endlich beginnt der Justizminister seine

Ausführungen, schließt dieselben aber bald unter sich wiederholendem stürmischen Beifall der Rechten. Viel Abgeordnete beklammerten den Minister. Der Präsident ertheilt nun den Abg. Hofmann v. Wellen- hof und Dr. Groß das Wort, welche die Vernehmung des Ministers, daß die Anklage nicht ernstlich gemeint sei, unter stürmischer Zustimmung ihrer Parteigenossen als eine Beleidigung erklären, für welche der Justizminister Genugthuung geben solle, widrigenfalls sie eine weitere Debatte nicht zulassen würden. Abg. Groß beantragt Schluß der Sitzung und namentliche Abstimmung darüber, ob trotz schließlich seinen Antrag zurück. Auf Verlangen bringt der Präsident die vom Justizminister abgegebenen, aber bei dem Lärm nicht vernommenen Erklärungen zur Verlesung. Der Präsident liest: Die Neuerungen, die ich gethan habe, und auf Grund welcher Sie mich an der Fortsetzung meiner Rede hinderten, gründen sich auf meine Auffassung, daß es sich bei den Anträgen, die in Verhandlung stehen, lediglich um eine parlamentarische Taktik gehandelt habe, wobei es mir selbstverständlich nicht beigelommen ist, durch Wiedergabe dieser Auffassung irgend eine Partei beleidigen zu wollen. Jetzt endlich tritt im Hause Ruhe ein. Es wird sodann in der Tagesordnung fortgefahren.

Ungarn.

Budapest, 7. Mai. Der Ministerrath setzte eine Note fest, in welcher die Bereitwilligkeit der ungarischen Regierung ausgesprochen wird, in sofortige Verhandlungen wegen Festsetzung der Quote und Revision der Berechnungen vom Jahre 1887 einzugehen. Diese Note wird in den nächsten Tagen der österreichischen Regierung zugestellt werden. Man prognostiziert den schriftlichen Verhandlungen eine Dauer von mehreren Wochen und glaubt, daß auch mündliche Verhandlungen nöthig sein werden, da die ungarische Regierung nur 82,20 pCt. zugestimmt, die österreichische aber auf 88,40 beharrt. In der zweiten Hälfte dieses Monats trifft Kaiser Franz Joseph in Budapest ein; man erwartet, daß dann ein rascheres Tempo in den Verhandlungen eintreten wird.

Einer Meldung der „Politischen Korrespondenz“ aus Budapest zufolge ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Ungleichverhältnisse in ihrem gesammten Umfange gleichzeitig beiden Parlamenten zugehen werden.

Budapest, 6. Mai. Abgeordnetenhauss. Beim Präsidium ist gegen die Abgeordneten Berzevitz, Hall, Chorin und Gabriel Daniel die Inkompatibilitäts-Anzeige eingegangen. Der Präsident hat die Anzeigen dem Inkompatibilitäts-Ausschusse überwiesen.

Ugram, 6. Mai. Anlässlich der Wahlen für den Landtag von Kroatien und Slavonien werden offiziell aus der Provinz mehrere Exzesse gemeldet. Es sind Verfügungen getroffen, überallhin Militär zu entsenden, wo Unruhen vorkommen.

Schweiz.

Bern, 6. Mai. Die Konferenz zwischen den Vertretern des Bundesraths, der am Simplondurchschnitt interessirten Kantonsregierungen, und der Jura-Simplondahn in Sachen der Gewährung der kantonalen Subventionen für den Simplondurchschnitt nahm im allgemeinen einen befriedigenden Verlauf. Alle Regierungen mit Ausnahme der des Kantons Freiburg sind bereit, den Großen Räten die Gewährung der Subvention vorzuschlagen. Bei Freiburg sind noch einige Schwierigkeiten zu erledigen. Die Frage der Heimfallrechte scheint gelöst. Die kantonalen Subventionen betragen im ganzen 10 1/2 Millionen Franken.

Bern, 7. Mai. Der Bundesrath hat auf den 11. Juli die Volksabstimmung über die Bundesverfassungsrevision, betreffend den Erfolg einer eidgenössischen Vermittlungspolizei-Gesetzgebung und die Einführung der Oberaufsicht des Bundes über die Wasserbauten und die Forstpolizei in der ganzen Eidgenossenschaft festgesetzt.

Frankreich.

— Der Herzog von Amale, welcher auf seinem Gute in Sicilien weilte, wurde von der Todesnachricht der Herzogin von Neuen berast erschüttert, daß er plötzlich starb.

Der Herzog von Amale wurde am 16. Januar 1822 als vierter Sohn des späteren Königs Louis Philippe zu Paris geboren. Er galt als tüchtiger Militär, der an der Besetzung und Verwaltung Algeriens, dessen Generalgouverneur er bei der Vertreibung der Orleans war, Antheil hatte. Während des Kaiserreiches war er eifrig literarisch und journalistisch thätig. Nach dem Zusammenbruche des Kaiserreiches wurde er in die Nationalversammlung gewählt. Im Juli 1875 wurde er mit dem Präsidium des Kriegesgerichts gegen Bazaine betraut. Von da bis 1880 machte er unter der Republik die bei Prinzen in Monarchien übliche rasche Karriere. Seit 1880 war er ohne aktives Kommando, 1883 wurde er durch das boulangistische Prinzengeheul seiner Stelle als Divisionsgeneral entsetzt, 1886 aus den Armeelisten gestrichen und am 18. Juli 1888 aus Frankreich ausgewiesen. Im gleichen Jahre bestimmte er, daß nach seinem Tode dem Institut de France, der höchsten offiziellen Körperschaft für Wissenschaft und Kunst in Frankreich, das prächtige Schloss von Chantilly mit seinen berühmten Kunstschätzen zufiele. Da der Herzog von Amale 1888 den Grafen von Paris wegen seiner Unterzeichnung Boulanger's heftig tabelte und den Ausschluß der Royalisten an die Republik in Aussicht gestellt hatte, wurde ihm Anfang März 1889 die Rückkehr nach Frankreich gestattet. Seine Söhne starben vor ihm, ohne Kinder zu hinterlassen. Er hinterläßt ein ungeheures Vermögen und von allen Mitgliedern der Familie den geachteten Namen.

Italien.

Rom, 4. Mai. (Fig. Bericht.) In der heutigen Sitzung, die erste nach den Ferien, wurden zwei Mandate lasirt, deren Zustandekommen charakteristisch ist für die Korruption, die bei den letzten Wahlen vorgeherrschet hat. Die Wahl des Herrn di Rudini, eines Sohnes des Ministerspräsidenten, ist für ungültig erklärt worden, weil der Gewählte das gesetzliche Alter noch nicht erreicht hat. Wirkwürdig ist, daß seine Anstellung überhaupt erfolgen konnte; glaubte der Herr Vater, daß die Opposition die Ungültigkeit seines Sohnes ungerührt hingehen lassen würde? Die andere Kassation betrifft die eines Prinzen v. Caravigno. Dieser edle Herr ist ein Abenteuerer sehr dunkler Herkunft. Vor vier Jahren hatte er weder Geld, noch Adel und Würden, jetzt ist er Millionär. Sein Geld, mit dessen Hilfe er sich aus seinen Adeln erkaufte, stammt von einer österreichischen Dame ziemlich vorgerückten Alters. Seine Wahl, die er durch Verleitung der Priester und Banker betrieb, hat ihm über 200 000 Franken gekostet. Der Herr Prinz, der eine Broschüre verbrochen hat, in der er sein „monarchisch-sozialistisches“ Programm entwickelte, wurde selbst von seinen bürgerlichen Freunden fallen gelassen.

— Ueber das Attentat Acciarito's werden jetzt Geschichtchen verbreitet, die beweisen sollen, daß der Attentäter Mitschuldige gehabt habe, deren Alibi durch eben das gewöhnliche Maß solcher Gebälben noch überschreit. So weidet ein Telegramm aus Rom:

„Die Polizei sieht die Nachforschungen nach etwaigen Mitschuldigen Acciarito's fort. Als verhängt gilt, daß am Tage des Attentats zwei Kinder, welche auf einer Wiese bei dem Orte, wo das Attentat erfolgte, sich aufhielten, saßen, wie fünf Personen loosten und zu einem sagten: 'Ich hat es getroffen.' Die Person das Loos bezeichneter Person sprang über die Hecke, während die anderen den Weg nach Rom einschlugen.“

— In der Kammer kam am Donnerstag die Niedermehlung der Expedition Batego, von der auch wir berichtet haben, zur Sprache. Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Graf von Sin, bekräftigt die Thatfache und erklärte, die Expedition sei am Ende des Jahres 1895 von der italienischen Geographischen Gesellschaft organisiert worden. Sie hatte theils einen geographischen, hauptsächlich einen handelspolitischen Zweck, nämlich: die Gründung einer Station an dem Juba im italienischen Somalilande, um eine Sammelstelle für die reichen Produkte von Borina und von Galla zu schaffen und deren Weiterleitung nach der Benadir-Küste zu ermöglichen, ferner die Erforschung der Gegenden zwischen dem Nil und dem Rudoflet zu

verfolgen. — Danach setzte die Kammer die Beratung des Gesetzes betreffend die Militärorganisation fort.

England.

Die Spannung zwischen Transvaal und England. Der Vorkrieg in Pretoria hat beschloffen, das Einverständnis aufzugeben. Auf diese Nachricht hin erklärte heute der Staatssekretär für die Kolonien, Chamberlain, im Unterhaus, das er keinen Grund habe, der Nachricht von der Auflösung des Einverständnisgesetzes durch den Vorkrieg von Transvaal zu misstrauen, obwohl bisher keine amtliche Befätigung eingelaufen sei. Sollte sich die Meldung bewahrheiten, so würde sich die Spannung, welche leider zwischen der englischen und der Transvaal-Regierung bestanden habe, sehr mildern. (Beifall.) Ueber die Schadenersatzforderung des Präsidenten Kruger finde zur Zeit ein Schriftwechsel statt.

Andererseits bringt die Londoner „Central News“ die folgende eigenhändige Nachricht aus Kapstadt: „Der Armeereserve in Natal wurde befohlen, sich bereit zu halten. Transvaal soll die Feldposten instruiert haben, die Grenze sorgfältig zu patrouillieren und jede verdächtige Bewegung zu melden. Im Kap und Orangestaat wird ein Zirkular verbreitet, worin Transvaal die Kräfte an die Spitze ersucht. Darin heißt es: Wir brauchen nicht Euer Geld oder moralische Unterstützung, wir brauchen Euch! Kommt und helft uns!“

Die Auseinandersetzung Liebknecht's mit Vliegen.

Die an die holländischen Genossen sich wendende Erklärung Liebknecht's, deren Erst-Veröffentlichung im holländischen Parteiorgan von Dr. Bruno Schoenlant mit dessen parteilichem Takt als Ausfluß der Angst (vor Dr. Bruno Schoenlant?) bezeichnet ward, findet sich in der Mai-Nummer des „Sozialdemokrat“, und lautet:

Die Skizze, welche ich über meinen Ausflug nach Holland veröffentlichte, hat, obgleich sie durchaus journalistisch gehalten ist und sich mit den holländischen Arbeiterverhältnissen nur in wenigen Zeilen beschäftigt, meinem Reichstags-Kollegen Schoenlant Anlaß gegeben, das große Geschick der Statistik gegen mich aufzuführen und mir Schönfärberei der holländischen Arbeiterverhältnisse vorzuwerfen. Da die Schoenlant'schen Ausführungen neben die Scheibe gingen und obendrein mit den Parteiprinzipien und Anschauungen nicht durchweg im Einklang waren, so finden sie nur bei der patriotisch-reaktionären Presse Billigung, innerhalb der Partei aber fast einstimmige Mißbilligung.

Nun hat aber auch Genosse Vliegen es für nötig gehalten, in der „Leipziger Volkszeitung“ über den Notstand in holländischen Arbeiterkreisen statistische Daten zu veröffentlichen, durch welche bewiesen werden soll, daß ich die Lage der holländischen Arbeiter zu günstig geschildert habe. Unvorsichtigerweise nennt Vliegen die holländischen Arbeiterverhältnisse besser als ich; aber er wird doch zugeben müssen, daß ich von den holländischen Arbeiterverhältnissen in meiner Skizze bloß ganz nebenbei gesprochen habe, wie denn meine Reise nach Holland weder das Studium der holländischen Arbeiterverhältnisse noch die Agitation unter den holländischen Arbeitern zum Zwecke hatte. Daß es in Holland viel Elend giebt, das weiß ich natürlich; dieses Elend zu schildern war jedoch nicht Aufgabe meiner Skizze. Wenn Vliegen bloß diese gelesen hätte, so würde er sie sicherlich ebenso ausgefaßt haben, wie so ziemlich jeder andere Parteigenosse — mit Ausnahme Schoenlant's. Allen die Schoenlant'schen Ausführungen haben ihn offenbar zu einer irigen Auffassung gebracht. Und so muß ich mich denn mit ihm kurz auseinandersetzen.

Vliegen glaubt offenbar, ich habe Holland als ein Arbeiterparadies geschildert. Und wer den Schoenlant'schen Artikel liest und für daare Mängel nimmt, muß das ja auch glauben. Aber an solche Schönfärberei habe ich garnicht gedacht. Ich habe bloß gesagt, daß die allgemeine Lebenshaltung in Holland eine höhere ist, als in Deutschland. Das Vorhandensein des Elends in Holland habe ich nicht nur nicht bestritten, sondern es für selbstverständlich erklärt.

Daß in der heutigen bürgerlichen Gesellschaft, selbst da, wo sie die Vortheile der Jugend und eines neuen Landes für sich hat wie in Amerika, also auch beim Wachsthum unter günstigsten Bedingungen, Kontraste von krasser Armut und unheimlichem Reichtum vorkommen, das liegt in der Natur des Kapitalismus und ist jedem Sozialisten bekannt. Das hindert jedoch nicht, daß die Durchschnitts-Lebenshaltung der Arbeiter in den verschiedenen kapitalistischen Ländern, und sogar in den verschiedenen Bezirken der einzelnen Länder eine verschiedene ist. Es war dies ja einer der Gründe, warum Marx gegen den Satz Lassalle's vom „ehernen Lohngesetz“ so scharf und nachdrücklich polemisierte. Daß die Lebenshaltung — wohlgemerkt die Durchschnitts-Lebenshaltung — in England eine höhere ist als in Indien, wird von niemand bestritten; ebensowenig wie bestritten werden kann, daß die Lebenshaltung in Amerika und England eine höhere ist als auf dem Festland von Europa; und daß wiederum auf dem Festland von Europa die Lebenshaltung eine um so höhere ist, je mehr man von Osten nach Westen kommt, so daß die moderne Völkerwanderung der Arbeiter, in der Suche nach höherer Lebenshaltung, sich von Osten nach Westen vollzieht. Und wie verschiedene die Lebenshaltung z. B. in unserem Deutschland ist, wird durch die oft geradezu sprunghafte Verschiedenheit der ortsüblichen Löhne an den verschiedenen Orten ziffermäßig und greifbar bewiesen.

Aber, wie gesagt, relative Höhe der Lebenshaltung, des Standard of life, schließt nicht aus, daß gleichzeitig die tiefste Tiefe des Elends bestehen kann. In England mit seinem hohen Standard of life leben Hunderttausende in ebenso großem Elend wie die Elendsten in Indien mit seinem niedrigen Standard of life. Der Versuch Schoenlant's, durch holländische Elendstatistiken meine Behauptung, daß die Lebenshaltung in Holland eine höhere sei als in Deutschland, zu widerlegen, ging demnach von falschen Voraussetzungen aus und mußte daher mißlingen. Ebenso wenig sind die Ziffern, welche Vliegen vorbringt — und denen gewiß noch sehr viele hinzugefügt werden könnten — gegen meine Behauptung irgend beweisend.

Meine Behauptung habe ich beiläufig nicht als das Ergebnis statistischer Untersuchungen ausgesprochen, sondern als Reise-Eindruck — nicht in einer wissenschaftlichen Abhandlung, sondern in einem Feuilleton, zusammen mit Momentphotographien, auf Papier geschrieben. Und obendrein in einer ganz nebenbeiartigen Bemerkung. Wenn man bei solch' flüchtigen Skizzen von einem Zweck reden kann, war der Zweck meiner „Nacht Tage in Holland“ ein Vergleich deutscher und holländischer (und sonst ausländischer) Zustände, — ein Vergleich, dessen Spitze sich gegen die deutschen Verhältnisse lehrt. Und das war es ja gerade, was den seltsamen Mißfall Schoenlant's in nationaler Patriotismus zur Folge gehabt hat.

Unsereins muß doch auch einmal das Recht haben, den Parteipänger abzulegen und sich herumzutummeln wie andere Menschen, die nicht in der Treitmühle sind.

Und wozu sich ereifern? Ob die Lebenshaltung der Arbeiter eine höhere ist oder eine niedrigere: die Arbeiter sind immer Lohnsklaven, sind immer Ausgebeutete, leiden immer das gleiche Unrecht, und haben immer das gleiche Interesse, das Joch des Kapitalismus zu zerbrechen.

Die Verelendungslehre, gegen die Schoenlant ein Windmühlengesecht führt, ist von der Sozialdemokratie schon aus den Reichstagen verbannt worden, ehe Schoenlant noch geboren war. Sie widerspricht der Wissenschaft und der Erfahrung. Die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften erstreben in der Welt der heutigen Gesellschaft eine Verbesserung der Arbeiterlage, und jeder Mensch mit gesundem Verstand muß sich sagen, daß eine durch Elend geistig und körperlich heruntergebrachte Arbeiterklasse wohl der Gegenstand philantropischer Bourgeois-mitleids werden kann, jedoch nicht die nötige Kraft hat, sich zu erheben und zu befreien.

Sollte etwa irgend ein Genosse der Ansicht sein, ich hätte, indem ich von der relativ hohen Lebenshaltung der holländischen Arbeiter rede, die Agitation etwa erschwert, so ist das ein Irrthum, da die Höhe der Lebenshaltung des arbeitenden Volks die Thatsache der Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital nicht berührt.

Eine Agitation, die nur mit Elend und Elendstatistiken operieren kann, ist keine Agitation im Geiste des wissenschaftlichen Sozialismus.

Möglich, daß ich mich in bezug auf die Lebenshaltung in Holland geirrt habe. Möglich auch, daß ich die Dinge in Holland ein bißchen zu rosig angezeichnet habe. Allein wenn dies der Fall ist, so sind die holländischen Genossen schuld daran, die mir meine „Nacht Tage in Holland“ zu so schönen Tagen gemacht haben. Freund Vliegen aber wird mich doch wohl nicht im Ernst der Unbilligkeit für schuldig halten, den holländischen Arbeitern durch Vormalung luftleerer Genüsse die raffiniertesten Tantalusqualen bereiten zu wollen.

Und nun, hoffe ich, ist dieses kleine Mißverständnis aus dem Wege geräumt.

Mit sozialdemokratischem Brudergruß
Berlin, 22. April 1897. W. Liebknecht.

Zur Sache schreibt die „Leipziger Volkszeitung“:
In der Mainnummer des holländischen Parteiblattes „Der Sozialdemokrat“ versucht (1) es W. Liebknecht, sich gegenüber dem Artikel, den Genosse Vliegen für deutsche Leser in der „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht hat, zu rechtfertigen (2). Der „Sozialdemokrat“ hatte bisher über die ganze Auseinandersetzung keine Silbe veröffentlicht.

Daß der „Sozialdemokrat“ aber die ganze Auseinandersetzung keine Silbe veröffentlicht hat, ist richtig, aber auch sehr natürlich, da der „Sozialdemokrat“ meine Skizze mit unbefangenen Augen gelesen hat, gleich dem Gros der holländischen Genossen, die im allgemeinen mit meinen Reise-Eindrücken sehr zufrieden sind. Ich hatte mich nicht zu rechtfertigen. Aber wie steht's mit der Rechtfertigung des Dr. Bruno Schoenlant gegenüber den Artikeln der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, „Neue Zeit“ u. s. w. u. s. w.? So viel ich weiß, hat er noch keinen „Beruch“ gemacht.
W. L.

Reichstag.

217. Sitzung vom 7. Mai. 2 Uhr.
Am Tische des Bundesraths: v. Bötticher.
Eingegangen ist ein zweiter Nachtrag zum Reichshaushalts-Gesetz für 1897/98.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des von den Abgg. Colbus und Genossen eingebrachten Gesetzesentwurfs wegen Neuregelung der Wahlen zum Landesauschusse von Elsass-Lothringen.

Abg. Colbus führt aus, daß der Landesauschuß keine richtige Landesvertretung sei, wie der Reichstag, weil er nicht auf allgemeinen Wahlen beruhe; er bittet den Reichstag und auch den Bundesrath um Annahme des Antrages.

Abg. Preiß geht zurück auf die Verhandlungen der ersten und zweiten Lesung und widerlegt die Redner, welche damals gegen den Antrag gesprochen haben; er verweist ferner auf die unerwünschte Anwendung des Diktaturparagraphen gegen zwei liberale Zeitungen.

Geheimrath Salfer: Die letzte Sache hat doch gar keinen Zusammenhang mit dem Wahlrecht, von dem der Antrag handelt. Zwei Zeitungen in Kolmar und Mülhausen haben am 21. März, am Vorabend der Jubelfeier, einen die Person des verstorbenen Kaisers Wilhelm schmähenden Leitartikel gebracht. (Widerspruch der Sozialdemokraten und Elssler.) Zum Schluß sei die Rede von dem blutigen Andenken des Kaisers Wilhelm; für ihn solle gebetet werden, denn wenn er vor Gottes Gericht stünde, dann werde mit dem Nötigen streng ins Gericht gegangen werden. Der Artikel enthalte, seiner Phrasen entkleidet, nichts als die niederträchtigsten Verleumdungen des verstorbenen Kaisers, von dem gesagt werde, daß er die Schreden des jüngsten Gerichts besonders zu fürchten habe. Und diese schmähenden Artikel wurden am Vorabend des Jubeltages veröffentlicht, wo alle Welt voll Begeisterung war. Die beiden Zeitungen konnten von vornherein schamlos abtrahnen, sie konnten sie nachher kritisieren, aber sie durften nicht die Feier, die allgemein vom Volke mitgefiebert wurde, wie selbst sozialdemokratische Zeitungen besäßen, mükten, von vornherein schmähend zu sein. Das Organ der Bürgerpartei des Herrn Preiß meinte, charakterlos würden die Elssler sein, wenn sie mitjubeln würden. Das ist eine Ueberhebung gegenüber all' den Elsslern, die mit den Altdeutschen an der Feier theilgenommen haben. Unter großer Unruhe des Hauses und wiederholten Schlußrufen wendet sich der Redner dann gegen die Behauptung des Abg. Vebel, daß der Sozialdemokrat keine Säle zur Verfügung habe, weil die Polizei einen Druck auf die Wirtche ausgeübt habe. Das sei unrichtig, wie eine Auskunft des Polizeipräsidenten von Straßburg ergebe. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Vebel (Soz.): Die Ausführungen des Vorredners haben mir in allen möglichen Zeitungen, die der Straßburger Regierung zur Verfügung stehen, schon viel besser gelesen. Der ganze Artikel, der den beiden unterdrückten Zeitungen zum Vorwurf gemacht wird, enthält durchaus nichts Beleidigendes. Nur die „Straßburger Post“ wollte die Beleidigungen dadurch beweisen, daß sie einzelne Stellen herausgriff und andere unterließ. Wenn die große Masse des Volkes sich trotzdem an der Feier theilhat, warum dann die Unterdrückung der beiden Zeitungen, wenn sie nur von wenigen gelesen sind. Der Landesauschuß, wie er jetzt zusammengesetzt ist, besteht nicht einmal zu recht, denn es sind mehrere Korporationen, welche Mitglieder zu wählen hatten, nämlich Stadtvertretungen, neugewähl, während immer noch ihre alten Vertreter im Landesauschusse sitzen. Jedenfalls wird das Volk nicht eher ruben, bis man seinen Wünschen entgegen gekommen ist und eine richtige Volksvertretung geschaffen hat.

Abg. Winterer: Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus. Die Diktatur soll nur angewendet werden, wenn Gefahr für das Land vorliegt. Das war nicht der Fall; wenn der Staatsanwalt nicht einschreitet, wozu schreitet dann die Diktatur ein? Wir müssen endlich aus den Ausnahmezuständen herauskommen und deshalb bitten wir Sie, den Antrag anzunehmen.

Abg. Vebel (Soz.): Wider Willen greife ich in die Debatte ein; bedanken Sie sich dafür bei Herrn Salfer. Er bedauert auf grund einer Erklärung des Straßburger Polizeipräsidenten nicht nur, daß meine früheren Ausführungen über die Beschränkung der Versammlungsfreiheit in Straßburg unrichtig seien, sondern er spricht sogar die Hoffnung aus, ich würde meine damaligen Meinungen zurücknehmen. Ich habe nicht ein Wort zurückzunehmen. Meine Meinungen werden von der Erklärung des Straßburger Polizeipräsidenten gar nicht getroffen. Sie stützt sich darauf, daß die Polizei nur einmal, bei den 1893er Neuwahlen, in die Lage gekommen sei, eine Versammlung, in der ich hätte sprechen sollen, nicht genehmigen zu können. Das ist vollkommen wahr, aber es trifft nicht das, was ich behauptet habe. Uebrigens war die damalige Ablehnung durch die Art des Lokals, wie etwa in Paris, in keiner Weise begründet, weil die Versammlung hätte im Freien stattfinden sollen. (Große Heiterkeit.) Die Polizei ist aber noch weiter gegangen und hat auf grund ihrer Ausnahmefunktion dem Inhaber des Lokals die Konzession zur Wirtchaft entzogen und den Mann damit rüthirt! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bis heute war ich nicht in der Lage, in Straßburg eine Versammlung abzuhalten. Die Polizei hat, wie ich schon damals erklärt habe, ihren ganzen Einfluß aufzuboten, um zu verhindern, daß ich dort spreche. Ueberhaupt findet sich kein Wirt in Elsass-Lothringen, der es wagt, mir, dem Vertreter von Straßburg, das Lokal zu einer Versammlung zu überlassen. Durch die Thätigkeit der Polizei ist es mir unmöglich gemacht, meinen Wählern Bericht zu erhalten. Die Vollmachten auf grund des Diktaturparagraphen und sonstige Bestimmungen geben der Polizei

die Wirtche vollständig in die Hand. Der Regierungskommissar hätte besser daran gethan, seine Rede für sich zu behalten.

Zur Charakteristik der Zustände in Elsass-Lothringen und der Behandlung, die dem Vertreter der größten Stadt Elsass-Lothringens an Theil wird, mag folgende Thatsache dienen. Ich halte im letzten November wieder die Absicht, in Straßburg eine Versammlung abzuhalten. Es war mir aber unmöglich gemacht worden. Darauf sind meine Parteigenossen nach dem Wadenschen gegangen, um dort eine Versammlung abzuhalten. Ich bin am Sonnabend Abend von hier nach Straßburg gereist. Als ich aus dem Koupee ausgestiegen war, war bereits ein Geheimpolizist da, der mich observierte und nach dem Hotel verfolgte. Als ich am nächsten Morgen einen Ausflug machte, stand er wieder vor der Thür, und er hat mich auf dem Wege, den ich mit einem Freunde durch die Stadt machte, um mir die Anlagen anzusehen, auf Schritt und Tritt begleitet, als ich auf die Pferdebahn stieg, war er hinter mir. (Heiterkeit.) Als ich vom Central-Bahnhof abreiste, wurde mir ein Herr gezeigt, der als Leiter der Straßburger Polizei, als der Polizeipräsident bezeichnet wurde, der sich in höchst eigener Person informieren wollte, ob der gefährliche Mensch wirklich von Straßburg abgereist sei. (Heiterkeit.) Wenn so etwas am Ende des 19. Jahrhunderts in einem Kulturstaate passiren kann, so ist das eine Schmach und Schande. (Lebhafte Zustimmung links), und der Reichstag hätte alle Ursache, dagegen zu protestiren und alles aufzubieten, daß einem solchen schandbaren Zustande ein Ende gemacht werde. (Beifall.) Der Regierungskommissar hat sich hier zum Vertreter Gesamt-Deutschlands aufgeworfen und gemeint, die deutsche Regierung würde nicht ihre Pflicht gegen das deutsche Volk erfüllen haben, wenn sie nicht die beiden Zeitungen unterdrückt hätte. Der Kommissar irrt gewaltig, wenn er glaubt, daß die Zentenanreise diesen allgemeinen Beifall im deutschen Volke gefunden hätte. Die deutsche Sozialdemokratie in erster Linie repräsentirt doch einen sehr wesentlichen Bruchtheil des deutschen Volkes. Wir haben 25 pCt. der gesammten Wählerschaft hinter uns, und von den übrigen hat sich ein großer Theil auch nicht betheiliget, und es ist sehr die Frage, ob überhaupt die Mehrheit des deutschen Volkes hinter dieser Feire gefunden hat. Der Regierungskommissar irrt, wenn er glaubt, daß die von ihm zitierten Artikel auf die Abstimmung Einfluß haben werden.

Ich bin überzeugt, daß die große Mehrheit des Reichstages auch in dritter Lesung für den Antrag der elsass-lothringischen Abgeordneten stimmen wird, weil der Reichstag endlich müde ist, diesen Zustand länger aufrecht zu erhalten, daß der Reichstag fortgesetzt in jeder Session einen guten Theil seiner lothbaren Zeit damit verbringt, derartige Beschwerden, die in einem Kulturstaate überhaupt nicht mehr vorkommen sollten, zur Sprache zu bringen. Das sind eben die alten preussischen Regierungspraktiken, denen es bis heute nicht gelungen ist, die elsass-lothringische Bevölkerung auf die deutsche Seite zu bringen; hätte in Elsass-Lothringen Süddeutschland ein entscheidendes Wort zu sprechen, hätte man süddeutsche Beamte dort übernommen, ich bin überzeugt, die Elsass-Lothringer wären für deutsche Politik und deutsches Land schon gewonnen. Aber es herrscht in Elsass-Lothringen dieselbe Mißstimmung wie auch in Süddeutschland, in Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, wo infolge dieser preussischen Wirttschaft die Stimmung in den letzten Jahren vielfach umgeschlagen ist, eine Wirttschaft, mit der man Gesamt-Deutschland regieren und zu grunde richten möchte. Machen Sie endlich einem Zustande ein Ende, der eine Schmach für Deutschland ist. (Lebhafter Beifall links.)

Geheimrath Salfer: Herr Vebel hat keinen Beweis für die Richtigkeit seiner Behauptung erbracht, daß die Polizei verhindert hat, daß Versammlungen abgehalten werden konnten.

Darauf wurde der Antrag der Elssler gegen die Stimmen der Deutschkonfessionen, der Reichspartei und der Nationalliberalen angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung der Anträge wegen Erlass eines Gesetzesentwurfes betreffend den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Ersatzmitteln.

Es findet zunächst eine momentliche Abstimmung statt über den Antrag v. Pöhl u. Gen., wonach getrennte Verkaufsräume für Butter und Margarine eingerichtet werden sollen.

Der Antrag wird mit 142 gegen 100 Stimmen angenommen. Für denselben stimmen die Konservativen mit Ausnahme des Abg. v. Bucha; die Reichspartei mit Ausnahme der Abgg. Werbach und Müller-Harburg; die Deutschsozialen Reformpartei mit Ausnahme des Abg. Klemm-Dresden, die Polen, das Zentrum mit folgenden Ausnahmen: Friese-Rees, Füllangel, Humann, v. Kehler, Petzold, Maids, Söder, Zimmermann, Trimborn und Wenders; außerdem die Nationalliberalen Blantzenhorn, Graf Ordo und Paasche, von den Wilden Graf Bönhof, Hahn, Ulden, Wödel, Adwardt, Häpelen, Bachmeier, Hilpert und Sigl. Gegen denselben stimmen die Sozialdemokraten, die beiden freisinnigen Gruppen, die deutsche Volkspartei und die Nationalliberalen mit den genannten Ausnahmen, ferner der Abg. Köstke, die Elssler Colbus und Preiß, die Welfen v. Hohenberg und Göb, v. Olenhusen. Es enthalten sich der Abstimmung die Abgg. Graf v. Verstorff-Neuzen, Jott, v. Stumm, Schütz-Euph, Fische und Simons.

Nach § 6 der Kommissionsbeschlüsse sollen Margarine und Margarinekäse, welche zu Handelszwecken bestimmt sind, einen die allgemeine Erkennbarkeit der Waare mittelst chemischer Untersuchung erleichternden, Beschaffenheit und Farbe derselben nicht schädigenden Zusatz enthalten. Die näheren Bestimmungen hierüber werden dem Bundesrathe erlassen und im „Reichsgesetzblatt“ veröffentlicht.

Abg. Steininger (Z.) spricht sich für die Margarinevorlage im allgemeinen und den § 6 im besonderen aus.

§ 6 wird angenommen.

Nach § 7 soll derjenige, der Margarine, Margarinekäse oder Kunst-Speisefett gewerbmäßig herstellt und vertreiben will, davon den zuständigen Behörden Anzeige erlassen.

Abg. Wurm (Soz.) will auch die Butter hier einfügen. Es soll ja nicht eine Bevorgung der Butter stattfinden, sondern nur eine bessere Kontrolle herbeigeführt werden. Es wird angezeit, wer Margarine verkaufen will, aber die Polizei erfährt nicht, wer Butter verkaufen will.

Abg. v. Pöhl (L.) erklärt sich gegen den Antrag. (Zuruf links: Raus! Raus!) Wer Handel treiben will, der muß natürlich Anzeige erlassen. Aber die kleinen Leute, die ein bißchen Butter von ihrem kleinen Vorrath verkaufen, können nicht unter diese Bestimmung fallen. Bei diesen kleinen Leuten ist es ausgeschlossen, daß Fälschungen vorkommen. (Widerspruch links.)

Abg. Wurm (Soz.): Herr v. Pöhl spricht sich gegen den Antrag aus, er hat aber in § 8 selbst beantragt, daß der Butterhändler unter polizeiliche Kontrolle gestellt wird. Um eine Kontrolle anzuzubauen, muß die Polizei doch wissen, wer Butter verkauft.

Abg. v. Pöhl: Die Leute, welche hin und wieder etwas Butter verkaufen, werden die Schweinereien mit der Mischerei nicht machen. (Widerspruch links), und wenn es geschieht, wird die Polizei schon bald dahinterkommen.

Abg. Grand-Rh (Z.): Der Antrag Wurm würde zur größten Ungerechtigkeit führen. Die Margarinefabriken sind leicht zu ermitteln; die Anzeige ist leicht für diese Fabriken, aber nicht leicht für die kleinen Butterproduzenten.

Abg. Verstorff-Neuzen (Welfe): Die Anzeige würde nach meiner Meinung nur notwendig sein für diejenigen, welche gewerbmäßig Butter herstellen; dazu gehören aber nicht diejenigen, die ihre eigene Milch vermeihen.

Abg. Wurm: Die Leute, die nur hin und wieder Butter verkaufen, fallen nicht unter die Bestimmung, sondern nur diejenigen, die ständig mit Butter handeln. Die kleinen Kolonialwarenhändler-Geschäfte sind es, in denen die Fälschungen am leichtesten vorkommen.

Nach längerer weiterer Debatte, in der sich auch Staatssekretär von Bötticher gegen den Antrag Wurm erklärt, wird dieser abgelehnt. § 7 wird angenommen, ebenso der Rest des Gesetzesentwurfes. Die eingegangenen Petitionen werden durch die Beschlüsse für erledigt erklärt.

Schluß noch 5/2 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 12 Uhr. (Dritte Lesung des Auswanderungs-Gesetzes und dritte Lesung des Margarine-Gesetzes.)

Parlamentarisches.

Der Bundesrath hat in seiner am 6. d. M. abgehaltenen Plenarsitzung dem Entwurf eines Gesetzes wegen Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Reichshaushalts-Etats für 1897/98, ferner den Ausschussentwürfen, betreffend die Abänderung von Taxaföhen und betreffend die Abänderung des Privatlageregelativs, sowie einem Antrage, betreffend den zollfreien Einlass der von der diesjährigen Weltausstellung in Brüssel zurückgekommenen Güter, — die Zustimmung erteilt. Den zuhändigenden Ausschüssen wurden überwiesen: der Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung der Gewerbe-Ordnung und des Krankenversicherungs-Gesetzes, der Beschluß des Reichstages zum Bericht der Reichsschulden-Kommission und der Antrag Oldenburgs, betr. den Vordrill im Kreisbezirk Brake. Außerdem wurde über verschiedene Eingaben Beschluß gefaßt.

Der Kommissar der elsass-lothringischen Landesverwaltung beim Bundesrath, Geheimrath Ober-Regierungsrath Hallen, ist zum stellvertretenden Bundesraths-Bevollmächtigten für das Königreich Preußen, der Ober-Bezirksdirektor Kunze zum stellvertretenden Bundesraths-Bevollmächtigten für das Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin ernannt.

Das Ungeschick des Geheimraths Hallen, die elsass-lothringische Verwaltungskasse zu rechtfertigen, ist so augenfällig, daß man die Gründe dieses Avancements nicht errathen kann.

Die Wahlsprüfungs-Kommission hat in ihrer letzten Sitzung über die Wahl des Abgeordneten Dr. Metz (Donauerschlingen) verhandelt. Herr Dr. Metz hat nur 11 Stimmen Mehrheit. Da bereits eine größere Zahl von auf Metz lautende Stimmen laßt ist, so steht jetzt schon fest, daß die Kommission zur Ungültigkeitserklärung kommen wird.

Die Kommission für die Handwerker-Vorlage beendet heute die erste Beratung der Vorlage. Bei Artikel 6 wurde von dem Abg. Euler der Versuch gemacht, für die freien Innungen auch ferner die Privilegien des § 100a und 100f zu sichern. Diese Paragraphen enthalten die Bestimmung, daß auch diejenigen Meister, die der Innung nicht angehören, sich den Vorschriften der Innung über die Lehrlings-Ausbildung sowie bei Streitigkeiten zwischen Lehrling und Meister dem Innungs-Schiedsgericht unterwerfen müssen. Sodann können diejenigen, die der Innung nicht angehören, obwohl sie ein der Innung vertriebenes Gewerbe betreiben, zu den Kosten für gewisse Einrichtungen der Innungen herangezogen werden. Der Antrag wurde abgelehnt, da für die Zwangsorganisationen die Vergünstigungen von selbst gegeben sind. Eine Resolution des Abg. Lorenz fordert die Forderung auf, den Innungen im Bedarfsfalle Geldunterstützungen zur Ausführung der ihnen obliegenden Aufgaben zu gewähren, und eine Resolution des Abg. Camp wünscht eine Vorlage, die im Baugewerbe den Befähigungsnachweis einführt. Beide Resolutionen wurden von der Kommission angenommen.

Partei-Nachrichten.

Ueber die Waisener in den polnischen Bergwerken. Revidieren Oberschlesien bringt die „Gazeta Robotnicza“ einen Bericht, mit dessen theilweiser Wiedergabe die Berichte über die diesjährige Waisener im deutschen Reich geschlossen sein mögen. Unserem polnischen Bruderorgan wurde aus Klein-Dombrowa geschrieben:

Schon in aller Frühe am 1. Mai erblickten wir auf den höchsten Gipfel unserer Kuppe drei tolle Standarten, die uns den Feiertag des Proletariats der ganzen Erde verkündeten. Alle zur Arbeit eilenden Bergleute und Arbeiter begrüßten das Symbol ihrer Erfindung und Hoffnung auf eine bessere Zeit mit dem Ausdruck der größten Freude. — Aber nicht nur bei uns hat man sich in Ermangelung einer anderen Ovation für den 1. Mai (wir alle waren ohne Ausnahme gezwungen, zu arbeiten) mit diesem uns heiligen Zeichen begnügen müssen. Auf den sichtbarsten und höchsten Stellen vor den von Königshütte liegenden Gruben Wisor, Kleophas und Matilde befand sich gleichfalls je eine tolle Standarte. Selbst vor der Wohnung des Amtsvorlesers auf Bismarckhütte war auf dem höchsten Erdenbaum eine solche befestigt. Die Fahne auf der Matildengrube, die die Aufschrift trug: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und 8 Stunden Arbeit“ wurde als haarküchelnd der Staatsanwaltschaft in Weiden übergeben. Die Fahnen in Bismarckhütte wurden, nachdem sie von den Polizei-Organen heruntergeholt waren, von den Arbeitern in kleine Stücke zerrissen und als Abzeichen an ihren Kleidern befestigt oder als Erinnerungszichen aufbewahrt.

Auch in Tremessen (Prov. Posen) erblickte früh Morgens der dortige Propst im Garten vor seiner Wohnung auf einem Baume eine mehrere Meter lange tolle Fahne recht stark mit Draht befestigt, über deren schwieriges Herunterholen der Propst so erbot war, daß er für die Entdeckung des Attentäters 50 M. Belohnung ausgesetzt hat. Aus dieser Schilderung ist jedenfalls zu ersehen, daß selbst in den finsternen Theilen unseres Reiches der Drang nach Freiheit sich immer mehr Raum verschafft.

Vollzetteliches, Gerichtliches etc.

— In Hannover hat der Parteigenosse Thielhorn, verantwortlicher Redakteur des „Volkswillens“, am 6. Mai die zweimonatliche Gefängnisstrafe angetreten, die ihm wegen Majestätsbeleidigung auferlegt ist. Das Vergehen soll durch theilweise Wiedergabe eines öffentlich verkündeten Gerichtsurtheils verübt worden sein.

— Gegen den Parteigenossen Julius Bruns in Breslau ist von der dortigen Eisenbahndirektion Strafantrag wegen Verleumdung gestellt. Es handelt sich um einen Artikel der „Volkswacht“, worin die Entlassung des Drehers Hoffmeister kritisiert war.

— Seit Jahren mühen in vielen Orten Sachsens die Versammlungen nachts 12 Uhr geschlossen werden, obgleich das Vereinsgesetz der Polizei dieses Recht nicht giebt. Dem Arbeiterverein in Lößtau bei Dresden wurde nun im Februar d. J. eine Versammlung aufgelöst, weil man dem polizeilichen Verlangen, sie um 12 Uhr zu schließen, nicht nachgekommen war. Die Amtshauptmannschaft wies die Beschwerde gegen die Auflösung mit der Begründung ab, eine Versammlung sei nur für den betreffenden Tag angemeldet und müsse deshalb auch mit diesem Tage zu Ende gehen. Danach sollte also der Wechsel des Datums nicht in einer und derselben Versammlung liegen dürfen. Die Beschwerde gegen diesen Entscheid ist jedoch von der Kreisauptmannschaft nicht für unbeschädigt befunden worden. Im sächsischen Amtskreis bedeutet das: der Beschwerdeführer hat recht. Ob sich nun die Sozialpolizeibehörden danach richten werden?

— Der Parteigenosse Sindermann aus Dresden war wegen Beamteneidbeleidigung, begangen in einer Rede zu Hohenstein-Ernstthal, vom Schöffengericht zu 20 Mark Geldstrafe verurtheilt worden. Auf Betreiben der Amtshauptmannschaft in Glauchau — wie das „Sächs. Volksblatt“ mittheilt — legte der Amtsanwalt Berufung ein. Vom Landgericht in Zwickau beantragte der Vertreter der Anklagebehörde Gefängnis, da Geldstrafen doch nur von der Parteikasse getragen würden. Das Landgericht wies aber die Berufung des Staatsanwalts zurück und legte die Kosten der Staatskasse zur Last.

— Aus Triberg im badischen Schwarzwald wird uns geschrieben: Die Strafen, welche über unsere Parteigenossen verhängt werden, weil sie ansähtlich der Flugblattverbreitung bei der verflochtenen Reichstags- und Landtagswahl den Bürgermeister-Beamten kein Exemplar der Flugblätter eingereicht haben, betragen 162,32 M. Ein Genosse hatte richterliche Entscheidung beantragt, wurde aber vom Schöffengericht zur gleichen Strafe verurtheilt. Begegenend ist die Strafvernehmung in den verschiedenen Amtsbezirken. Wegen der gleichen Vergehens wurde im Amtsbezirk Engen auf 10 M., im Amtsbezirk Triberg auf 5 M. und im Amtsbezirk Willingen auf 1 M. erkannt. Die Strafbescheide sind als Nachtrag zum Wahlprotokoll an den Reichstag abgegeben.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Wie die „Solidarität“ berichtet, sind die von der General-Kommission der deutschen Gewerkschaften veranlaßten Erhebungen über die Lage der Arbeiterinnen im graphischen Gewerbe bereits seit voriger Woche in Berlin im Gange. Je ein Bezirk ist gebildet, in jedem Bezirk ist ein entsprechendes Lokal gewählt, wo die Aufnahme durch persönliche Vernehmung der Beteiligten stattfindet. Die Erledigung der Arbeiten wird mehrere Wochen in Anspruch nehmen, dann soll Leipzig, Stuttgart, Hannover und eine noch näher zu bestimmende Stadt nachfolgen.

Ein Stellmacher der königlichen Hof-Wagenfabrik von Köhlert ist wegen Nichterlassens der Arbeit am 1. Mai entlassen worden. Der selbe Herr Köhlert hat seine Arbeiter am 22. März feiern lassen, ohne ihnen den Lohn für den Tag bezahlt zu haben.

Verichtigung. In der Nummer 104 des „Vorwärts“ unter Quittung über den Streik der Neu-Jesener Wäscherinnen muß es anstatt 20 M. vom Holzarbeiter-Verband heißen: 20 M. vom Vertrauensmann der Holzarbeiter von der Naifest-Verammlung in der Neuen Welt.

Deutsches Reich.

Die Töpfermeister in Breslau haben sich jetzt zu Verhandlungen mit der Lohnkommission der streikenden Gesellen begeben. In der ersten Sitzung (am Mittwoch) erklärte die Lohnkommission, daß von der Forderung nach einem eubelstischen Tarif nicht abgegangen werden könne, und die Meister erklärten, daß sie den Tarif der Gesellen nicht in seinem ganzen Umfang annehmen könnten, sondern daß sie nur auf der Grundlage unterhandeln wollten, daß sie etwas zulegen und die Arbeiter etwas nachlassen. Da die Lohnkommission noch keinen Antrag zur Unterhandlung hatte, ist eine zweite Zusammenkunft anberaumt worden.

In Weiden ist der Vorsitzende des dortigen Gewerkschaftsbureaus, Uhrmacher Eduard Zuster, der in einem angeblichen „Geheimbunds“-Prozess als Hauptangeklagter fungiert, am Sonntag früh aus dem Zell heraus verhaftet worden. Er mußte bis Montag im Polizeigefängnis bei Wasser und Brot zubringen. Selbstbestrafung wurde ihm abgelehnt! — Der Untersuchungsrichter ordnete seine Freilassung an, nachdem er sich überzeugt hatte, daß von dem von der Polizei vorgegebenen Fluchtverdachte keine Rede sein kann. Die Verhaftung ist, wie uns geschrieben wird, lediglich der Polizei zuzurechnen, Staatsanwalt und Untersuchungsgericht wußten bis Montag von der Angelegenheit nichts.

Der Stand des Stettiner Tischlerstreiks ist unverändert. Für diese Woche sind 228 Verheirathete mit 330 Kindern und 161 Ledige zu unterstützen. Der Zugang ist kaum nennenswerth, nur 17 streikende Gesellen, zumeist aus Pommern und Brandenburg, sind zugewandert, haben jedoch, nachdem sie über den Stand der Dinge unterrichtet waren, Stettin wieder verlassen. In einer Versammlung am 6. Mai gab die Lohnkommission bekannt, daß eine Versammlung von 32 Richtungsmitgliedern, die zusammen 100 Gesellen beschäftigen, einstimmig den Forderungen der Gesellen auf 9 1/2 stündige Arbeitszeit und 18 M. Minimalwochenlohn zugestimmt habe, sich jedoch eine Prüfung der einzelnen Positionen des Lohnarbeitsvertrages vorbehalten. Weiter wird folgendes Schreiben der Tischlerinnung verlesen, die am 3. Mai mit Nicht-Innungsmessern und Fabrikanten versammelt war: „Die hiesigen solidarisch vereinigten Tischlermeister und Fabrikanten halten an dem von den Innungsmeistern bewilligten erhöhten Tarif nur dann fest, wenn die Gesellen bis Montag, den 10. d. M., die Arbeit wieder aufnehmen und spätestens bis zum Freitag, den 7. d. M. ihre Erklärung dem Vorstand der Innung mittheilen. Für den Fall, daß die Gesellen die Arbeit bis dahin nicht aufnehmen, sehen sich die Meister veranlaßt, die erhöhten Akkordsätze zurückzugeben und für die Folge nur den 1896er Tarif zu bezahlen. Wir sehen in diesem, ohne jeden Grund und gegen den Willen vieler Gesellen veranlaßten Streik eine Vergewaltigung der Innungsmeister und derjenigen Meister und Arbeitgeber, die außerhalb der Innung stehen. Ferner ist der Streik kein Generalstreik, wie proklamiert ist, sondern nur ein partieller Streik, indem die Gesellen die Fabriken hiervon ausgeschlossen haben. Wir sind nicht willens, uns von den Gesellen auf die Weise maßregeln zu lassen. Die sonst sich immer brüsten Führer der Bewegung, nur das Kapital zu bekämpfen, machen es hier gerade umgekehrt, indem sie die Fabriken von dem Streik ausschließen.“ — Dagegen erklärte sich die Drechsler- und Blochmacher-Innung in einem Schreiben im Prinzip mit den von den Gesellen gestellten Forderungen einverstanden; nach Rücksprache mit der Kundschaft will sie der Lohnkommission Bescheid erteilen. — Die Versammlung der Anhängigen lehnte einen Antrag, den Generalstreik aufzuheben, einstimmig ab und beschloß, alle Forderungen aufrecht zu erhalten.

Der Streik der Tischler, Drechsler und Maschinenarbeiter Lübecks dauert unverändert fort. Die Bemühungen der Fabrikanten, andere Arbeitskräfte durch Annoncen zu bekommen, sind im ganzen erfolglos gewesen; die Fabrikanten reisen daher umher, um Leute anzukwerben. Die Streikenden haben aber nicht nur mit den Möbel-fabrikanten, sondern auch mit den Metallindustriellen zu rechnen, die jene im Schleppplan haben; ferner mit der Tischlerinnung, die zwar die Forderungen der Arbeiter bewilligt hat, aber keinen der Streikenden einstellt. Dazu ist sie durch Statut des Lübecker Arbeitgeberverbandes verpflichtet, dem sie, wie die ganze Gesellschaft, angehört. Die Hauptforderung der Arbeiter ist: Verkürzung der Arbeitszeit. Bei der Schwierigkeit des Kampfes gegen das vereinigte Unternehmerthum ist es um so mehr nöthig, daß die auswärtigen Fachgenossen den Zugang streng fernhalten.

Alle Arbeiterblätter werden nun Abdruck ersucht.

Der Tischlerstreik in Kiel ist in der Hauptsache zu gunsten der Arbeiter beendet. In geheimer Abstimmung nahm am 5. Mai eine öffentliche Tischlerversammlung mit 153 gegen 30 Stimmen einen auf Grund des letzten Vergleichsvorschlags des Einigungs-ausschusses ausgehandelten Vertrag zwischen Meistern und Gesellen an. Erst die Androhung, daß auch in den Werkstellen, die schon bewilligt hatten, die Arbeit niedergelegt werden sollte, veranlaßte die Meister, den Vergleichsvorschlag anzunehmen. Der Lohn ist auf 88 Pf. für Wübelarbeiter und 40 Pf. für Bautischler festgesetzt. Für Nebenstunden werden 25 Pf. vergütet und für das Selbsthalten von Werkzeugen die Woche 60 Pf. Sodann wird von beiden Seiten auch ein dauernder Ausschuss gebildet. Die Arbeit wird am Sonntag wieder aufgenommen.

Von den streikenden Maurern Dielefelds sind, wie die „Volkswacht“ mittheilt, 431 abgereist; 167 Verheirathete und 58 Unverheirathete befinden sich noch am Orte, wovon 30 auch jedoch abreisen werden. Von den streikenden Zimmerern verweilen 25 Verheirathete und 27 Unverheirathete noch am Ort; die übrigen sind abgereist.

In Düsseldorf stehen, wie uns ein Privattelegramm meldet, 30 Tischler der Firma Schöndorf im Streik. Die Firma sucht Ersatz in Berlin. Die Berliner Tischler werden deshalb um Vermeidung des Zugangs ersucht.

In Hannover hatten bis Donnerstag Mittag 668 Tischler in 122 Werkstellen ihre Forderungen bewilligt bekommen. 174 befinden sich noch im Streik und 180 sind abgereist.

In Magdeburg haben circa 60 Bau- und Erdarbeiter, die an einem Kanalbau beschäftigt sind, durch mehrseitigen Streik ihre sämtlichen Forderungen durchgesetzt, da der Unternehmer trotz aller Bemühungen keine Streikbrecher aufstreifen konnte.

Die Tischler Dessaus beschloßen in allen Werkstellen, mit Ausnahme der Fabriken, die Arbeit niederzulegen, wenn ihre Forderungen nicht bewilligt werden. Am Mittwoch betrug die Zahl der Ausständigen 80.

In Nordhausen haben sämtliche Arbeiter der Tabak-waarenfabrik von Knieß die Arbeit eingestellt, weil wegen

des 1. Mai drei ältere Kameraden entlassen worden waren. Bei der Zentenarfeier hatte das Personal trotz seines Widerstands feiern müssen; es verlangte dafür einen halben Tag Arbeitsruhe am 1. Mai, was schroff abgelehnt wurde. Die Arbeiter feierten nun ohne Erlaubniß, worauf die Maßregelung erfolgte. An dem Streik sind 29 Personen betheiligt.

In Leipzig streiken seit 6. Mai 120 Arbeiter der Piano-fabrik von Morgestern u. Kotrade wegen Maßregelung. Zugang ist fernzuhalten. Die Agitationskommission der Holzarbeiter Leipzig.

Die Aussperrung der Leipziger Former ist durch Detret des Metallindustriellen-Ringes um drei Tage verlängert worden. Die Herren Unternehmer haben sich nun schon dreimal eine Wändlung der Aussperrungsdauer geleistet. Erst sechs Wochen, dann drei Tage und jetzt sechs Tage. Lohnreduktionen, wie solche androht waren, wollen sie aber nicht vornehmen. Die Arbeiter haben beschloßen, Montag allgemein die Arbeit einzustellen, falls die Unternehmer Verschleppungspolitik, Maßregelungen oder Lohnreduktionen betreiben sollten. Zugang von Formern und Gießerei-Arbeitern ist fernzuhalten.

Am Altendurg wird berichtet, daß im Maurerstreik ein unter Leitung des Bürgermeisters unternommener Einigungs-versuch ergebnislos verlaufen ist.

Ueber den Diamantarbeiter-Streik in Hanau berichtet die Frankfurter „Volkstimme“, daß der Oberbürgermeister Dr. G e d e s c h u s, dessen früherer Vermittlungsversuch bei den Fabrikanten erfolglos gewesen ist, aus jedem Geschäft zwei Schleifer, im ganzen zehn, zu sich einlad, um mit ihnen die Differenzen zu besprechen. Die Arbeiter gaben genau Auskunft, erklärten aber, daß sie zu Verhandlungen nicht berechtigt seien, sondern daß sich der Oberbürgermeister zu diesem Zweck an die Streikkommission wenden müsse. Der Oberbürgermeister versprach dies. Er beabsichtigt dann, den Unternehmern eine gemeinsame Sitzung mit den Vertretern der Arbeiter vorzuschlagen.

Ausland.

Die organisierten Steinmühlknopfabriker Oesterreichs halten, wie schon früher im „Vorwärts“ mitgetheilt wurde, am 6. und 7. Juni d. J. in Bodenbach in Nordböhmen eine Konferenz ab. Da ein Aktionsplan ausgearbeitet werden soll, der nur dann durchgeführt werden kann, wenn auch die deutschen Steinmühlknopfabriker mitwirken, so ersuchen die österreichischen Arbeiter dieses Fachs die Kollegen im Deutschen Reich und insbesondere die sächsischen, die Konferenz ebenfalls durch Delegierte zu beschicken. Alle Zuschriften in dieser Sache sind an H. K u s o b e l y, Redakteur des „Fachsblattes der Drechsler“ in Wien VI, Webgasse 3, zu richten.

In Tannwald in Böhmen streiken 400 Weber der Majer-schen Fabrik am 8. Mai die Arbeit ein. Die Firma hatte dem Personal eine Lohnhöhung zugesagt, wenn es am 1. Mai arbeiten würde, hielt aber ihr Versprechen nicht.

800 Arbeiter der Holzgerbereien in Trebitz in Mähren streiken seit 4. Mai im Streik. Sie fordern den Zehnstundentag, Lohnhöhung und Abschaffung der Akkordarbeit.

In Christiania streiken 7-800 Schuhmacher wegen Verweigerung einer Lohnhöhung von 8-18 pCt. seit dem 3. Mai im Streik.

Aus Rom wird uns unter dem 4. d. M. mitgetheilt: In den Gefilden der Lombardei, im Departement Cremona, wo der Landarbeiter ganz in die Hand der großen Grundherren gegeben ist, meist gebunden durch Jahreskontrakt, droht jetzt ein bedeutender Streik. Seit dem Jahre 1894 war von den Sozialdemokraten viel gesehehen, um die kleinen Bauern (Händler etc.) zu organisieren. Zur Zeit der Generale, die hier bereits im Mai vor sich geht, streikten damals die Kleinbauern, um die Bezahlung ihrer Frauen, deren Arbeitskraft die Grundbesitzer bisher umsonst in Anspruch genommen hatten, durchzusetzen. Eine Kommission, bestehend aus Vertretern der Unternehmer, der Arbeiter und einiger Mitglieder der Arbeitskammer, setzten einen Tagelohn von 30 Centesimi (24 Pf.) für die Frauen fest, aber nur für die Zeit der Ernte. Den Kleinbauern wurde ferner versprochen, daß diese Bestimmung in die neuen Kontrakte, deren Erneuerung im November vorgenommen wird, aufgenommen werden soll. Im September lösten die Behörden die Organisationen der Landarbeiter auf und als im November die Verträge erneuert wurden, entließen die Grundherren alle diejenigen Familien, die auf der kontraktlichen Festsetzung der Bezahlung der Frauen bestanden. Der nächste Winter und der Hunger zwang die Arbeiter zum Nachgeben. — Jetzt sind die Kleinbauern durch Schaffung neuer Organisationen besser vorbereitet, sie haben die Forderung von neuem gestellt und wollen, falls die Grundherren nicht nachgeben, die Arbeit einstellen.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Luz, 7. Mai (B. G.) Eine furchtbare Gasexplosion, die heute früh im Hause des Regenschirm-Fabrikanten Baumann stattgefunden hat, richtete große Verwüstungen an. Alle drei Stockwerke wurden durchschlagen. Man befürchtet den Einsturz des Hauses; auch ein Nachbarhaus hat starke Beschädigungen erlitten. Alle Fenster der umliegenden Häuser sind zertrümmert. Der Besitzer Baumann ist schwer verwundet.

Konstantinopel, 7. Mai. (B. G.) Authentisch erfährt der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“, daß der Gesandte einer Griechenland nahe stehenden Großmacht gestern morgen dem griechischen Kabinettschef Stali im Auftrage seines Souveräns erklärt hat, wenn Griechenland gegenüber der Königsfamilie loyal bleibe, so würden die Mächte dahin arbeiten, Griechenland nicht die volle Schwere des von ihm angelegten Krieges fühlen zu lassen.

Konstantinopel, 7. Mai. (B. G.) Ein Telegramm des Journals „Idom“ aus Belesino vom 6. d. M. meldet, daß die Türken neuerlich zwei besetzte Positionen genommen haben, sowie daß die von Bazarala abgeschickte Division ihren siegreichen Vorwarsch längs der Bahnlinie fortgesetzt und Bairalli und das Tschinarli-Thal passirt habe.

Larissa, 7. Mai. (Meldung der „Agence Havas“.) Mit Bazarala selbst wurden 80 Dörfer der Umgegend von den türkischen Truppen besetzt, welche dabei eine Gebirgspatterie mit 18 Maulthierern, zahlreiche Munition und Proviantstücke, darunter auch das Gepäck der griechischen Prinzen, erbeuteten. Die Griechen hatten viele Tode.

Athen, 7. Mai. (Pol. Korresp.) Die Mißberatung des gesammten griechischen Truppenkontingents von Areta steht bevor.

Scovelo, 6. Mai. (B. G.) Der Spezialkorrespondent der „Frankf. Ztg.“ im griechischen Lager meldet: Ich habe gestern der Schlacht bei Belesino beigewohnt und fand, daß es sich dabei hauptsächlich um einen Kampf zwischen der beiderseitigen Artillerie handelte. Die Griechen vertheidigten heldenmüthig ihre Positionen, doch waren dieselben unhaltbar, weil die türkische Artillerie stärker war, und zwar im Verhältnis wie 5:2. Die Türken gingen blind ins Feuer. Die Griechen haben weniger Verluste erlitten als die Türken. Die Insurgentenbanden sind werthlos, weil sie gegen die Kanonen nichts andrücken können. Die Griechen hatten vorgestern 10 Tode und 70 Verwundete. Gestern Nachmittag begannen die Griechen einen geordneten Rückzug nach Almyro. Die Munition geht nach Volo zurück, um dort auf die Schiffe verladen zu werden. Der Rest der Einwohner von Volo hat sich ebenfalls auf die Schiffe geflüchtet. Die Griechen haben dort Truppen gelandet. Der Telegraph in Volo ist seit vorgestern für Private gesperrt.

Kanea, 7. Mai. (Frankfurter Zeitung.) Offiziell wird verbreitet, daß Oberst Vassos sich in Begleitung von fünf Offizieren in der vorigen Nacht in Platonia nach Griechenland eingeschifft habe und zwar auf einem italienischen Torpedoboot.

Internationaler Kongress für Arbeiterschutz

Zürich 1897.

Das Organisationskomitee an die Arbeiter aller Länder.

Durch Beschluß des Schweizerischen Arbeitertages in Biel am 8. April 1893 ist der Bundesvorstand des Schweizerischen Arbeiterbundes beauftragt worden, einen internationalen Kongress für Arbeiterschutz einzuberufen.

Die sich selbst überlassene, auf der freien Konkurrenz beruhende kapitalistische Waarenproduktion hat auch die menschliche Arbeitskraft und damit den Menschen selbst in das Getriebe der freien Konkurrenz hineingerissen.

Diese Erscheinung erschreckte zuerst die aufmerksamsten Beobachter, und sie bewirkte in Verbindung mit dem energischen Begehren der Arbeiterschaft selbst die ersten Ansätze einer Arbeiterschutz-Gesetzgebung.

Unter schweren Kämpfen mit der Klasse der Industriellen hat eine Anzahl von Ländern begonnen, eine Schranke festzusetzen, über die hinaus die Verwendung bestimmter Arbeitskräfte nicht gehen darf.

Der Schweizerische Bundesrat hat schon mehrmals die Initiative ergriffen, um die Regierungen der Industrieländer zu Verständigungen über ein gleichartiges Vorgehen in dieser Richtung zu veranlassen.

Der Kongress wird vom 23. bis 28. August 1897 in Zürich stattfinden. Als Tagesordnung stellen wir folgende Punkte auf:

- 1. die Sonntagsarbeit;
2. die Arbeit der Kinder und jungen Leute;
3. die Arbeit der Frauen;
4. die Arbeit erwachsener Männer;
5. die Nachtarbeit und die Arbeit in gesundheitsgefährdenden Betrieben.

Bei einem Kongresse, der Vertreter der verschiedensten politischen und religiösen Richtungen umfaßt, gilt es als Voraussetzung, daß innerhalb des Kongresses jede Richtung die andere respektiere.

Wie der Bundesvorstand des Schweizerischen Arbeiterbundes aus den verschiedenen in ihm vertretenen Richtungen proportional zusammengesetzt ist, so hat er auch ein Organisationskomitee für den internationalen Kongress für Arbeiterschutz bestellt.

Wohl zum ersten Mal in der Geschichte der sozialen Bewegung hat der Schweizerische Arbeiterbund ein Beispiel gegeben, wie Vereine und Personen, die sich bisher auf dem politischen Gebiete als Gegner gegenüberstanden, sich zur Erreichung gemeinsamer Zwecke auf sozialpolitischem Gebiete vereinigen.

Schließlich versichern wir alle, die den ersten Willen mitbringen, in der Frage des gesetzlichen Arbeiterschutzes einen energischen Schritt nach vorwärts zu thun, der freundschaftlichen Aufnahme. Sie werden hier als Freunde und Mitsprachende herzlich willkommen sein.

Zürich, 4. April 1897.

Das Organisationskomitee: F. J. End, G. Zimmermann, H. Peyer (Luzern), leitender Ausschuss des Schweiz. Arbeiterbundes, S. Greulich

(Zürich), L. Héritier (Cauxanne), G. Reimann (Biel), vom Schweizerischen Arbeitersekretariat, C. Decurtius (Arns), N. Blum (Delfikon), A. Lautenschlager (Zürich), Katholische Verbände, E. Conzett, Th. Curti, O. Lang (Zürich), S. Scherrer (St. Gallen), Schweiz. Gräbnerverein, S. A. Solzberger, E. Keel (Zürich), Schweiz. Gewerkschaftsbund, A. Fauquez (Cauxanne), Westschweizerische Arbeitervereine.

Kommunales.

Der Botanische Garten. Das Angebot des Fiskus, der Stadtgemeinde den an der Potsdamerstraße belegenen inneren Teil des Botanischen Gartens im ungefähren Flächeninhalt von 40 000 Quadratmetern als von dieser dauernd zu erhaltenden Park gegen Zahlung von 2 Millionen Mark und die Verpflichtung, auf städtische Kosten an drei Seiten dieser Parkfläche neue Straßen anzulegen, während das Terrain zwischen der letzteren und der Brunnenstraße, Gleditsch- und Passlosstraße mit Fronten nach diesen drei Straßen und den drei inneren neu anzulegenden an den letzteren in 22 Meter Höhe mit Gebäuden besetzt werden soll, hat der Magistrat in seiner letzten Sitzung dem Vorschlage der von ihm eingesetzten Kommission entsprechend abgelehnt.

Seitens der Stadtverordneten-Versammlung beziehungsweise eines Ausschusses derselben ist bei Gelegenheit der Neu-eintheilung der Gemeindeväcker-Bezirke der Wunsch ausgesprochen worden, eine Vermehrung der Anzahl der Stadtverordneten-Versammlung um 18 vorzuschlagen.

Für den nächsten Donnerstag ist eine außerordentliche Magistratssitzung angeberufen worden.

Das Krankenhaus Bethanien begehrt im Oktober d. J. die Feier seines fünfzigjährigen Bestehens. Mit Rücksicht hierauf will der Magistrat für das Krankenhaus eine Ehrengabe von 10 000 M. spenden behufs Errichtung eines Pavillons für anstehende Kranke.

Für den Begründer der Genfer Konvention des Roten Kreuzes, Dunant, welcher in bedrängter Lage gerathen ist, hat das Magistratskollegium eine Ehrengabe von 2000 M. bestimmt und wird zu seinem Beschlusse die Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung nachsuchen.

Der Jahresbeitrag der Stadt Berlin für den Hauptverein für Knabenhandarbeit beträgt 1800 M. Das Magistratskollegium hat, den Wünschen der Stadtverordneten-Versammlung entsprechend, diesen Beitrag auf 3000 M. zu erhöhen beschlossen.

Zum städtischen Rezeptenrevisor hat das Magistratskollegium den ersten Apotheker der Krankenanstalt zu Roabit, Dr. Goeldner, gewählt.

Lokales.

Lafaiethum und Menschenthum. Die Pariser Brandkatastrophe hat in ihrer unmenen Schrecklichkeit recht unarmherzig einen Zug menschlicher Schande enthüllt, der unseren Herrschenden eigentlich zu denken geben sollte.

Ein schmackvoller Zug in dem Trauerspiel ist, daß die am Eingang in der Rue Jean Goujon ihre Herrschaften erwartenden Lakaien fast durchweg beim ersten Nothschrei wie die Hasen davonliefen und nicht gesehen wurden.

Das ist so niederträchtig behandelt, wie eben nur eine in allen Dingen gehorsame Lafaiethenhandlung kann.

Die Pflege der Frömmigkeit beim Militär soll doch nicht so ganz erfolglos sein, wenigstens meint das der hiesige christliche Verein junger Männer, dem auf diesem Spezialgebiete der inneren Mission eine hervorragende Mitwirkung zuwieselen ist.

wöchentlich noch eine besondere Zusammenkunft mit „Andachtsübungen“ etc. veranstaltet. Freilich herrscht, zum großen Leidwesen aller, denen die Pflege der Frömmigkeit beim Militär am Herzen liegt, gerade unter den aus dem Militär gewordenen Mitgliedern ein gewisses Kommen und Gehen, theils weil die Burschen nach Ablauf des Kommandos wieder in ihre alte Garnison zurückkehren müssen, theils weil mit der Beendigung der Dienstzeit die Bereitwilligkeit, an Andachtsübungen, Bibelfunden u. s. w. teilzunehmen, rasch verschwindet.

Im Sommerurlaub für Handlungsgehilfen bittet der hiesige Kaufmännische und gewerbliche Hilfsverein für weibliche Angestellte auch in diesem Jahre die Berliner Geschäftsinhaber, ein diesen eingegangenes Rundschreiben hebt hervor, nach angestrebter Jahrestätigkeit entspreche ein Urlaub unter Fortzahlung des Gehalts (oder eventuell wenigstens ein freier Nachmittag in jeder Woche, wie es in England bereits üblich sei) der Billigkeit.

Aus dem Reiche des Herrn Thielen. Ein „interessante“ Unfallstatistik bringt soeben die königliche Eisenbahndirektion Berlin zur Kenntniß der Stationen, Bahnmeistereien etc. Diefelbe umfaßt diejenigen Unfälle, welche in der Zeit vom 1. Oktober v. J. bis einschließlich 31. März d. J. durch eigene Unvorsichtigkeit der Beamten und Arbeiter des äußeren Eisenbahndienstes herbeigeführt worden sind.

Die Gasproduktion in den städtischen Gasanstalten hat im Vierteljahr Januar/März d. J. gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres wiederum um 1 863 000 Kubikmeter zugenommen; die stieg von 36 063 000 Kubikmeter auf 37 926 000 Kubikmeter, es wurden also 5,165 pCt. mehr produziert.

Die Ärztekammer für Berlin-Brandenburg wird sich in ihrer nächsten Sitzung, welche für Ende des Monats Juni in Aussicht genommen ist, mit der Stellung der Ärzte in der Gewerbeordnung beschäftigen.

Gegen die Einführung der Sonntagsruhe im Droschkenfuhrwerke haben sich die Herren Droschkenbesitzer ausgesprochen. Die Polizeiverordnung, nach welcher an einem Sonntag die Droschken mit geraden, an einem anderen die mit ungeraden Nummern außer Betrieb gesetzt werden dürfen, geht ihnen schon zu weit, die Regelung der Sonntagsruhe soll der „freien Vereinbarung“ vorbehalten bleiben.

Auf die Arbeiterbehandlung in der Berliner Packetfabrik wirft folgender Vorfall wiederum ein großes Licht. Ein Arbeiter L., der im zwölften Jahre in der Anstalt beschäftigt war, hatte am Donnerstag das Unglück, daß sein linker Fuß, der vor vier Wochen im Dienste durch Herabfallen einer Riste beschädigt worden war, wieder hart zu schmerzen anfangen. L. mußte daher seinem Mitfahrer die Zügel geben; er suchte sich Linderung seiner Leiden zu verschaffen, indem er sich auf den Rollwagen niederlegte und den Fuß in aufrechter Stellung hielt.

Berner, Bülowstraße 18; Grube, Mariendorferstraße 6; Koster, Junterstraße 1; ...

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montags, Dienstags, Freitags und Sonnabends, abends von 7-8 Uhr statt.

Krankenkasse. - R. 52. 1. und 3. Sie müssen sich als Ausländer an die Polizeibehörde...

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 8. Mai. Cyrenland, Hofstück, Bajazzo, Schauspielhaus, Cortolan.

Ostend-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. G. Weich zum letzten Male: Aus der Millionenstadt.

Thalia-Theater.

(vormals Adolph Grütz-Theater). Gastspiel von Frau Julie Popaczky-Karzag.

Feen-Palast.

Burg, Hauptstr. 22. Direktion Winkler & Fröbel. Am 17. Mai: Letzte Vorstellung.

Ehren- und Freikarten.

finden noch bis 17. Mai gültig.

Concordia Variété-Theater.

Brunnenstr. 154. Grosse Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Apollo-Theater.

Konzert-Garten.

Gustav, Gustav, ärgere dich nicht!

Venus auf Erden.

Grosse allgemeine Gartenbau-Ausstellung.

Ostbahn-Park.

Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.

Herren-Hüte 65 Pf.

Herren-Hüte.

Reste, Reste.

Für 36 Mark.

Herren-Hüte.

Reste, Reste.

Shiller-Theater.

Urania.

Passage-Panopticum.

Mädchen aus Samoa.

Castan's Panopticum.

Schweizer-Garten.

Jeden Sonntag: Extra-Vorstellung und Garten-Konzert.

Von dem ersten Verlage an wird jeder zu der Ueberzeugung gelangen...

M. Feige am billigsten und besten kauft.

Schöneberg, Hauptstraße 145.

Jeder kauft gerne bei mir...

Wassersucht, Magenleiden, Asthma.

Grosse allgemeine Gartenbau-Ausstellung.

Ostbahn-Park.

Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.

Herren-Hüte 65 Pf.

Herren-Hüte.

Reste, Reste.

Für 36 Mark.

Herren-Hüte.

Reste, Reste.

Herren-Hüte.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Vereins-Versammlung.

Achtung! Achtung!

Metallarbeiter!

Grosse öffentliche Metallarbeiter-Versammlung.

Verband deutscher Zimmerleute.

Versammlung.

Große öffentliche Versammlung aller in der Schirmbranche.

Bilderrahmenmacher!

General-Versammlung des Fachvereins der Bilderrahmenmacher.

Leder- u. Galanterie-Arbeiter.

Branchen-Versammlung.

Bauarbeiter Charlottenburgs und Umgegend.

Erstes Stiftungsfest des Verbandes der Bau-, Erd- u. gewerblichen Hilfsarbeiter.

Konzert, Vorfragen und Ball.

Victoria-Garten.

Treptow, Köpenicker Landstrasse.

Kafferküche - 11 Hegalbahnen.

Pony- und Esel-Reiten.

Jeden Sonntag: Konzert.

Achtung!

Für 36 Mark.

Herren-Hüte.

Reste, Reste.

Buchhandlung Vorwärts.

Die Konfektions-Industrie und ihre Arbeiter.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler etc.

Mitglieder-Versammlung.

Arbeiter-Radf.-Verein.

Damenmäntel-Kragen.

Künstliche Zähne.

66. Resterhandlung.

Patente.

Mexico.

1 Mk. Selde zu Brautkleidern.

Pulvermacher, Zehdelstr. 28.

Nachtigallen, schlafend, gr. Knospe.

Zigarrengele, als Nebenbesitz d. Frau.

Wohnungs-Einrichtung.

Stroh, Nils- und Seiden-Hüte.

Herren-Hüte.

Reste, Reste.

Die Arbeitslosigkeit im Berliner Steinseher-Gewerbe.

Ist in diesem Jahre eine geradezu ungeheuerliche Selbst- die sonst wirtschaftlich unangenehmen Lebenslagen gegenüber abfolgt blinde Berliner Steinseher-Jungung mehr das jetzt zugeben. Diefelbe hat nämlich kürzlich die Zahl der bei ihren Mitgliedern beschäftigten Gesellen auf 200 festgestellt. Diese 200 Mann arbeiten aber nicht bloß in Berlin, sondern zum großen Teil noch in den Vororten. Man kann dann im plötzlichen Falle annehmen, daß bei den übrigen, nicht der Berliner Steinseher-Jungung angehörenden Meistern noch ca. 100 Steinseher beschäftigt sind. Man beträgt aber die Zahl der in Berlin und den Vororten ansässigen Steinseher mindestens 800, davon in Berlin ca. 500. Von diesen 800 Mann sind somit 500 arbeitslos, von denen die meisten seit dem Herbst vorigen Jahres noch keinen Handschlag Arbeit gehabt haben - und die auch nicht darauf rechnen können, in diesem und den kommenden Jahren in Berlin überhaupt Arbeit von nennenswerther Dauer zu bekommen. Natürlich ist auch eine entsprechende Anzahl von Mannern und Hilfsarbeitern von dieser Misere betroffen.

Eine Anzahl Steinseher hat deshalb in diesem Jahre Berlin schon den Rücken gekehrt und sich um auswärtige Arbeit bemüht. Es ist aber klar, daß auch diese nicht gebessert sind; denn die Löhne in der Provinz und den meisten größeren Städten sind durchweg niedriger, als in Berlin.

Nun sollen aber diese Ausgewanderten, namentlich Verheiratete, von den niedrigen Löhnen Mitleid und Lebensunterhalt für ihre Familien in Berlin bestreiten, während ihnen selber, da sie zum Teil darauf angewiesen sind, in Gasthöfen zu logieren, die Bekräftigung ihres eigenen Lebensunterhaltes schwerer zu stehen kommt, als wenn sie in Berlin arbeiten. Der einzige Vortheil, den die Ausgewanderten vor ihren arbeitslosen Kollegen vielleicht voraus haben, besteht darin, daß sie vielleicht für ihre Person nicht ganz so schlimm zu darben brauchen, wie diese. Im übrigen aber geht es mit jenen wirtschaftlich ebenso bergab, wie mit diesen.

Gegenüber diesen tieftraurigen, aber thatsächlichen Verhältnissen klingt es wie blutiger Hohn, wenn ein Berliner Jungungsmeister einem Mitgliede des Leipziger Vereins für Sozialpolitik auf

die Frage: Was die Berliner Steinsehermeister „dann thun, wenn ihnen die Konkurrenz des Asphaltpflasters zu schief wird - antwortet: „Dann gehen wir wieder, wie früher, auf das Land, da ist noch gutem Pflaster immer noch jede Nachfrage.“ - Das Kunststück dürfte die Berliner Steinseher-Jungung schwerlich fertig bringen, die in Berlin dauernd „überflüssigen“ 500 Steinseher „auf dem Lande“ unterzubringen. Erlichlich sorgen da schon die Herren Kollegen der Berliner Jungungsmeister für genügenden Nachwuchs, und zweitens ist auch gar nicht daran zu denken, daß beispielsweise in der Provinz Brandenburg 500 Steinseher Beschäftigung finden. Und es darf vor allen Dingen nicht vergessen werden, daß gerade die Berliner Steinseher-Jungung hatte es thatsächlich in der Hand, durch vernünftige und zielbewusste Wahrnehmung der ihr unweidlicher Weise vertriehen gewerkepolitischen Rechte sowohl als auch der ihr freiwillig eingeräumten Vorrechte und im Besitze des Monopols auf dem Berliner Arbeitsmarkt - sie hatte es in der Hand, das Auskommen ihres gefährlichsten Konkurrenten, des Asphaltpflasters - wenn auch nicht gänzlich zu verhindern - so doch aber bedeutend zu erschweren. Statt dessen hat sie durch ihre nur von der Rücksicht auf den Profit geleiteten Lotteriewirtschaft der schlauen geschäftlichen Agitation der Asphalt-Gesellschaften den denkbar kräftigsten Vorschub geleistet.

Und selbst, wenn man das Emporkommen des Asphaltpflasters als ein unabwendbares Stadium in der technischen Entwicklung des Straßenbaues betrachtet, so bleibt auf der Berliner Steinseher-Jungung der nicht minder schwere Vorwurf haften, daß sie diese technische Entwicklung wissenschaftlich ignorirt hat. Sie hat fortgesetzt neue Arbeitskräfte herangebildet, ohne sich auch nur ein Mal Gewissensbisse darüber zu machen, was denn eigentlich aus den vorhandenen und den stetig neu hinzukommenden Arbeitskräften werden soll! Diese Gewissenslosigkeit geht so weit, daß sogar noch jetzt, trotz der von der Jungung selbst getroffenen Feststellung, immer noch neue Lehrlinge eingestellt werden!!

Aber die Steinseher haben wenig Hoffnung, daß ihre eindringlichen und begründeten Vorstellungen bei der Berliner Steinseher-Jungung Gehör finden. Bis jetzt hat letztere nur noch stets bewiesen,

daß sie für die dringlichsten sozialpolitischen Probleme nicht das geringste Verständnis besitzt - und ganz besonders dann nicht, wenn die Anregung dazu von „ihren“ Arbeitern ausgeht. Ihre einzige Hoffnung setzen die Arbeiter des Berliner Steinsehergewerbes daher auf die städtischen Behörden, die ja in grunde genommen auch ihre eigentlichen Arbeitgeber sind. Bei einer früheren Gelegenheit haben wir schon an der Hand der Thatsachen den Beweis geliefert, daß die Berliner Steinsehermeister eigentlich nur - die Stellenvermittler für die städtischen Pflasterarbeiter sind. Allerdings haben sich die Herren diese „Arbeit“ bis jetzt sehr gut bezahlen lassen.

Was die Arbeiter in erster Linie von den städtischen Behörden fordern, das ist die Rückgängigmachung des Beschlusses, nach welchem die Kosten der Zentnarbeiter bei den Pflasterarbeiten „gespart“ werden sollen. Wir sind der Meinung, daß früher auch kein Geld für Pflasterarbeiten verschwendet wurde. Außerdem zeigt es auch nicht von besonders tiefem volks- und kommunalwirtschaftlichen Einblicke, bei der Herstellung und Verwaltung von Verkehrswegen „sparen“ zu wollen. Es könnte solche „Sparsamkeit“ später dem Stadtsäckel theurer zu stehen kommen. Zum mindesten aber werden die Interessenten des Verkehrs durch solche angedachte Sparsamkeit geschädigt.

Des weitern verlangen die Arbeiter, daß die Pflasterarbeiten, in städtische Regie übernommen werden, damit wenigstens für das Geld, welches heute als Unternehmerrgewinn in die Taschen der durchaus verantwortlichen „Meister“ fließt, weitere Arbeiten ausgeführt oder die auszuführenden Arbeiten solider hergestellt werden können, als das heute leider geschieht, daß somit dieses Geld in Form von Arbeitslöhnen den Arbeitern zu gute kommt. Dieses Verlangen ist auch noch aus einem anderen Grunde gerechtfertigt. Die städtischen Behörden als Arbeitgeber haben die Pflicht, darüber zu wachen, daß die von ihnen vergebenen Arbeiten nicht dazu mißbraucht werden, Arbeitskräfte heranzubilden, für die, wenn sie ausgebildet sind, keine Existenzmöglichkeit vorhanden ist. Schon jetzt ist der Ausfall an Steuern, welcher durch die Arbeitslosigkeit der betr. Arbeiter herbeigeführt ist, ein ganz beträchtlicher. Viele müssen schon die Armenpflege in Anspruch nehmen. Werden die städtischen Behörden Vorkehrungen treffen, um wenigstens einer Verschärfung dieses trostlosen Zustandes in Zukunft vorzubeugen?

Anaben-Nutzige... reelle Waare, v. 2,75 Mk. ...

Lanolinseife!... macht die Haut zart u. geschmeidig...

Hüte... für Herren, nur gute, dauerhafte Waare...

Hackescher Markt 4, J. Brünn Am Stadtbahnhof „Börse“. Teppiche! Gardinen! Steppdecken! Fertige Wäsche! Leinwandwaren!

12. Ziehung d. 4. Klasse 196. Rgl. Preuss. Lotterie. Drawing of 7. May 1897. Results for various prize classes.

12. Ziehung d. 4. Klasse 196. Rgl. Preuss. Lotterie. Drawing of 7. May 1897. Results for various prize classes.

12. Ziehung d. 4. Klasse 196. Rgl. Preuss. Lotterie. Drawing of 7. May 1897. Results for various prize classes.

Frühjahrs-Rennen

Halensee.



Sonntag, 9. Mai cr.,
nachmittags 4 Uhr.

Billet: Vorverkauf bei O. Wendt, Leipzigerstraße 112.
Kurfirstendamm 219.
Berein für Velociped-Wettfahren, Berlin.

Brauerei Stralau

10386*) Dr. W. Frenz. Wir empfehlen unsere vorzüglich eingebrauten Biere:
Lagerbier (goldfarben)
Versandbier (nach Münchener Art)
Saazerbräu (nach Pilsener Art)
in Gebinden und Flaschen (letztere ohne Pfand).

Ausschank der Brauerei Stralau.

Allen Vereinen, Gewerkschaften, sowie allen alten Freunden und Bekannten unseres Büchlein schön am Nummernburger See gelegenen neu renovierten Sommerlokal mit großem Garten (Raum für ca. 5000 Personen), 2 neuen Regalbahnen, größerem Tanzsaal, Kaffeeküche etc., Sport und Ruderbooten.

zur gefälligen Nachricht, daß wir die Defonome übernommen haben und schon jetzt Bestellungen auf Sommerfeste und ähnliche Veranstaltungen entgegennehmen.

Birkholz & Mittag.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.

Compl. Wohnungs-Einrichtungen.
Franz Tutzauer, Berlin SW., Blücherstr. 14.

„Für's Haus“ (Nr. 753 vom 7. März d. J.) schreibt: „Wo dauerhafte Stoffe hernehmen? Wenden Sie sich an die Weberei von Carl S. Klippstein & Co., Wühlhanten 1. Thür. Nr. 11. Diese Firma zeigt durch ihre neuesten Muster in Damenkleiderstoffen, sowie Herren-Anzug- und Ueberzieherstoffen für das kommende Frühjahr, daß sie Vortreffliches leisten kann. Wir heben aus der äußerst reichhaltigen Sammlung nur die Karren „Branthilde“ — unentwärtlicher Handschleierstoff — und „Roland-Kheviot“ — eleganter und haltbarer Herrenanzugstoff — hervor. Die Firma liefert auch direkt an Private ohne jeden Preiszuschlag und sendet Muster franco zu.“

Wirthshaus Schmargendorf,

Warnemünderstr. 6, direkt am Grunewald, mit Garten, Tanzsaal, Vereinszimmer, Kaffeeküche (à 100 Pf.). Vereinen und Gesellschaften angelegentlich empfohlen. — Sonntag: Speisefest und Getränke zu soliden Preisen. Pilsener Bier, Glas 10 Pf. Jeden Sonntag: Grosser Ball. Karl Baier.

Wo? machen wir unsere Herren-Parthie hin? Zum alten Freund auf Bichelswerder.

Treptow, Hohlwein's Keglerschlösschen, Köpenicker Landstraße, (4. Lokal hinter der Verbindungsbahn), Restaurant mit großem Garten (ca. 2000 Ver.), 11 Saal für Vereine (100 Ver.), 2 neue verdeckte Regalbahnen, Kaffeeküche. Jeden Sonntag: Frei-Konzert.

Treptow Restaurant „Zum Karpenteich“. Theater- und Sonntag: Spezialitäten-Vorstellung. Am Saal: Ball, 2 Regalbahnen, Kaffeeküche.

Brit. Wirthshaus Rosen-See-Terrasse, 69.70 Chausseestrasse 69.70. Jeden Sonntag: Gr. Konzert, andrer u. d. beliebt. Kapelle J. Varrier. Die Kaffeeküche liegt den geehrten Damen jederzeit zur Verfügung. Den geehrten Vereinen empfehlen wir den Lokal zur Abhaltung von Sommerfestlichkeiten unter sonstigen Bedingungen. Anfang des Konzerts 4 Uhr. Entree 10 Pf. Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein Hermann Kloss, Behler.

Schulz' Festsäle, vorm. Paster. Neue König-Strasse 7. Jeden Donnerstag: 10.30 Damen-Kränzchen. Jeden Sonntag: Großer Ball. Vereinstimmer, Saal für Versammlungen frei. Ed. Schulz, Gastwirt.

Oranienburg. Waldhaus Sandhausen, nahe dem Teich u. Grabowsee. 15 Minuten vom Bahnhof rechts. Empfehle den Genossen mein Lokal zu Ausflügen. Dasselbe ist am Walde gelegen, mit großem schattigen Vor- u. Hintergarten, gr. Parterre Tanzsaal, Konzertbühne, für Gesangsvereine vorzüglich geeignet. Kl. Saal für Gesellschaften etc. zur gef. Benutzung. J. Woyde, Gastwirt. Einzige Besichtigungsort der Genossen von Oranienburg und Umgebung.

Haferland's Restaurant, Ober-Schöneweide, empfiehlt seinen Saal, Garten, Regalbahn, Kaffeeküche. Solide Preise.

Nonnenberg's Reslaur., Treptow, Parkstrasse. Jeden Sonntag: Frei-Konzert. Schöner Garten. Gr. Saal, Kaffeeküche.

Wwe. Kämpel's Bleiberröhle, Treptow, Parfaden-Gasse. Restaurant Klugmann, Nummernburg, Chausseebau. Herrlicher, schattiger Garten, Naturwald, 5000 Personen fassend, über beste Regalbahnen, Kaffeeküche.

„Hferdebut“, Köpenick, schöner Landwald u. größte Spielplätze d. Umgeg. gr. Saal u. Halle, Kaffeeküche, Regalbahn, Schießstand. W. Magdeburg.

Grünau. G. Wagner's Restaurant früher Lietke. Großer Saal, Garten, Kaffeeküche, Regalbahn, Ausspannung.

Jede Uhr reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie 6 Gulden, nur 1 Mark 50 Pf. außer Druck, keine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Brillen u. Brillen. Carl Lux, Uhrmacher, 35 Chaussee-Strasse 35.

Reell und billig. kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von W. Hirschke, gegründet 1872, Stalitzerstr. 13, Ecke Admiralsstraße, am Kottbuser Thor.

Preisliste von Carl Stier

Fabrik für Herren- u. Knaben-Garderobe
168 Oranienstr. 168.

Potsdam:
Brandenburgerstr. 23.

Ich empfehle zu nachstehenden sehr billigen Preisen:

A. Anzüge.	Mark
Jaquet-Anzug v. melirt. u. karrirt. Buckskin, schöne Muster	17,50
Jaquet-Anzug von melirtem gewirnten Buckskin, schöne Muster, sehr haltbar	20,-
Jaquet-Anzug von dunkelblau oder schwarz Cheviot, ein- oder zweireihig	20,-
Jaquet-Anzug von feinem Cheviot, karrirt und melirt	25,-
Jaquet-Anzug von dunklem Velour, schöne Muster, sehr haltbar und schwer	36, 37 und 32,50
Jaquet-Anzug v. blauem Cheviot, eleg. Anzug, 1- od. dreireihig	30,-
Jaquet- oder Rock-Anzug von Kammgarn, haltb. u. eleg.	30,-
Jaquet- oder Rock-Anzug v. gemust. Kammg., eleg. Anzug	36,-
Jaquet- oder Rock-Anzug v. einf. Kammg., fein. Salonanz.	36,-
Jaquet-Anzug v. feinst. Cheviot, blau, schwarz od. braun	36,-
Jaquet-Anzug von prima Cheviot, blau, schwarz od. braun	42,-
Jaquet-Anzug von prima melirtem Cheviot, grösste Neuheit, hochelegant und sehr haltbar	45,-
Jaquet- oder Rock-Anzug von gemustertem Aachener Kammgarn, eleganter Promenaden-Anzug, Neuheit	42,-
Jaquet-Anzug von gemustertem Aachener Kammgarn, Neuheit, sehr fein	45,-
Gehrock-Anzüge in Kammgarn oder Tuch, sehr elegant,	38, 40, 45 bis 54,-



B. Paletots.	Mark
Paletot von melirtem Cheviot	15,-
Paletot v. dunkl. Chev. i. grau, braun u. schw. melirt. Farben	18,-
Paletot von glattem Satin, sehr elegant	24 u. 20,-
Paletot v. Chev. in hochf. neuen Farben mit feinstem Futter	25,-
Paletot v. ff. Kammg., Cheviot, Satin etc., sehr eleg.	33 u. 30,-
Havelocks u. Mäntel v. echt bayer. Lodenst. 36, 30, 20 bis	9,-

C. Hosen.	Mark
Hose von gewirntem Buckskin in melirten Mustern	3,10
Hose von gewirntem Buckskin, schöne Melangen	4,50
Hose v. Zwirnbuckskin, schöne gestr. Must. in haltbar. Stoffen	5,50
Hose v. Forster Zwirn-Cheviot, elegante, haltbare Stoffe	7,50
Hose von Velour, in kräftiger, gestreift. Waare, hell u. dunkel	6,50
Hose von Velour, in sehr kräft. Waare, gestr. od. gemustert	8,-
Hose von schwarzem Satin	15,-, 12,-, 10,- und 8,50
Hose von Kammgarn mit Seide, hochfeine neue Muster	9,50
Hose von Velour, prima	12,-
Hose von Aachener Kammgarn, sehr elegant	12,- und 10,-
Hose von prima Kammgarn, hochfein	20,- bis 15,-
Hose v. Kottbuser Zwirn, Neuheit, sehr elegant und fest	8,50
Hose von Kottbuser Cheviot	14,- und 12,-

D. Knaben-Anzüge. In Knaben-Anzügen halte ich stets eine sehr grosse Auswahl der neuesten Stoffe u. Façons u. empfehle dieselben schon von 4 Mark an.

E. Jünglings-Anzüge	Mark
Jaquet-Anzug in Diagonal-Cheviot	12,-
Jaquet-Anzug in Diagonal-Kammgarn	15,- bis 18,-
Jaquet-Anzug in Satin, kräftiger Anzug	18,- bis 24,-
Jaquet-Anzug in Satin oder Rips-Kammgarn	20,- bis 24,-
Jaquet-Anzug in prima Diagonal oder Kammgarn	27,- bis 33,-
Jaquet-Anzug in Zwirnbuckskin, sehr haltbar	15,- bis 20,-
Jaquet-Anzug in blau oder braun Cheviot	18,- bis 27,-

F. Radfahrer-Anzüge. Jaquet-Anzug in Tricot 30,-, 25,- und 15,-
Jaquet-Anzug in Loden 36,-, 30,-, 25,-, 20,- und 18,-
Jaquet-Anzug in Cheviot 36,-, 30,-, 27,-, 25,-, 22,50 und 15,-
Die Radfahrer-Anzüge sind zum grössten Theil so eingerichtet, dass die Hosen lang und kurz getragen werden können.

G. Joppen.	Mark
Joppe von Loden ohne Futter	5,-
Joppe von Loden ohne Futter	7,50
Joppe von Loden mit Futter	9,50
Joppe von Loden mit Futter	10,50
Joppe von Kameelhaar-Loden ohne Futter	8,50
Joppe von Kameelhaar-Loden	12 bis 20,-

Sämmtliche Joppenstoffe sind wasserdicht imprägnirt. Die festen Preise sind an jedem Gegenstande deutlich angegeben, ein Handeln findet nicht statt. Nach Auswärts sende Muster und Maassanleitung franko zu und garantire für tadellosten Sitz, worüber viel unverlangte Anerkennungen vorliegen. 17199*



Parteigenossen!
Hüte nur mit Kontrollmarke
Schirme, Stöcke, Kravatten
Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 9, Ecke Stalitzerstr. nahe 10.

Deutsche Schuh-Fabrik Erfurt

liefert 15862* Schuhwaaren en gros & en detail in eleganter und solider Ausführung.

Arbeiter Berlins!
Die Fabrikate der ausgeübten Schuhmacher in Erfurt werden jetzt, außer in den bekannten Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen Bellealliancestrasse 98/99 und Rosenthalerstrasse 63/64 verkauft.

Weitere Filialen in Deutschland:
München, Sendlingerstr. 10.
Dachauerstr. 83.
Landbergerstr. 7.
Frankfurt a. M., Viehhofstr. berg 26.
Düsseldorf, Bismarckstr. 91.
Köln a. Rh., Engelstein 60.
Bremen, Finkenstraße 75.
Hannover, Klagenmarkt 7a.
Hamburg, Werthe 8a.
Leipzig, Zeilstr. 37.
Braunschweig, Pöhl 4.



Jeder Käufer, der einen Versuch macht, wird mit dem gelieferten Fabrikat, das jeder Konkurrenz die Spitze bietet, in Preis und Qualität zufriedengestellt. — Unter Geschäftsgrundsatz ist: Geringer Verdienst, rascher Umsatz. — Jedem unserer Freunde kann die Waare bestens empfohlen werden. Damenstiefel von M. 3,50, Herrenstiefel von M. 5,75. In der Bellealliance-Strasse bitte genau auf Nummer 98 zu achten.

Für die Geschäftsleitung: Wilh. Bock.

Bekanntmachung.

Einem verehrten Publikum zur gefälligen Nachricht, daß die seit 12 Jahren bestehende und gut renommierte Firma

Benno Ferster

Reinickendorferstr. 62 am Nettelbeckplatz in andere Hände übergegangen ist und soll dieselbe das gesamte Lager, bestehend in

Herren- und Knaben-Garderoben

in Höhe von circa zwanzigtausend Mark ausverkauft werden. Das Lager ist in allen Artikeln gut sortirt und findet sich die beste Gelegenheit, oben genannte Waaren recht billig zu erlangen.

Der Verkauf beginnt am Sonnabend, den 8. d. M., nachmittags 4 Uhr, und sollen auch kleine Böden zurückgelehrt und vom Schaufenster defekt gewordener Sachen an Wiederverkäufer abgegeben werden.

62 Reinickendorferstr. 62 an der Stadtbahn.

Monopol-Cheviot!!

Unsere bekannte Spezialität solid u. modern bewiesen durch zahllose Empfehlungen. Liefern wir in schwarz, blau oder braun 3/4 Meter zum Anzuge für 10 Mark. — Extra prima, 140 Centimeter breit, 3/4 Met. zum Anzuge 12 Mark, reine Wolle, echte Farbe. Muster hiervon und allen anderen Herrenstoffen in überraschend schöner Auswahl zu bekannt niedrigen Preisen franco an Jedermann. Kein Kaufzwang. Wilkes & Cie., Tuchindustrie, Aachen No. 78.

Van den Bergh's

feinste holländische Tafel-Margarine. Unübertroffen in Feinheit des Geschmacks, Fülle des Aromas und Fettgehalts. In den meisten besseren Kolonialwaaren-Geschäften käuflich. 15799*